

0 % Ständerat  
14,3 % Nationalrat  
23,6 % Grosser Rat  
24,5 % Gemeinderäte  
28,6 % Staatsrat

# **F**rauen und Politik im Kanton Freiburg:



2010

## Impressum

Herausgabe:

Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen

Rue de la Poste 1 - Postfach

1701 Freiburg

Tel.: 026 305 23 86

Fax: 026 305 23 87

E-Mail: [bef@fr.ch](mailto:bef@fr.ch)

Recherche und Redaktion:

Tanja Bauer, Lizentiat in Politikwissenschaften, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Graphische Gestaltung: Kanisiusdruckerei AG, Freiburg

Foto der Titelseite: Nicolas Repond

Auflage:

300 Exemplare

Freiburg, August 2010

---

1. Einleitung	2
2. Zusammenfassung	3
3. 40 Jahre Frauenstimmrecht - Vom «Skandal-» zum «Normalfall»	5
4. Situation im Kanton Freiburg	10
4.1. Vertretung auf eidgenössischer Ebene	10
4.2. Vertretung auf kantonaler Ebene	14
4.3. Vertretung auf kommunaler Ebene	22
4.4. Fazit	26
5. Die Strategie der politischen Parteien zur Frauenförderung	28
5.1. Rekrutierung der Kandidierenden	28
5.2. Nominierung der Kandidierenden	29
5.3. Platzierung der Kandidierenden	30
5.4. Unterstützung während des Wahlkampfes	31
5.5. Frauenförderung	31
5.6. Fazit	32
6. Empfehlungen	33
6.1. Kandidatinnen	33
6.2. Parteien	34
6.3. Umfeld und Familie	35
6.4. Wählende	35
7. Anhang	36
7.1. Abkürzungen der Parteien	36
7.2. Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts	36
7.3. Frauenvertretung in Zahlen	40
7.4. Fragebogen an die politischen Parteien des Kantons Freiburg	57
8. Bibliographie	58
8.1. Publikationen	58
8.2. Websites	58
8.3. Datenquellen	58

# 1. Einleitung

Das Jahr 2011 wird für den Kanton Freiburg ein grosses Wahljahr: Im Frühling werden die Gemeindevahlen, im Herbst die kantonalen und nationalen Wahlen stattfinden. Zugleich ist es ein Jubiläumsjahr in Sachen Gleichstellung. So feiert die Schweiz 40 Jahre Frauenstimm- und Wahlrecht sowie die Verankerung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Verfassung vor 30 Jahren. Diesen aussergewöhnlichen Moment nimmt das Büro für die Gleichstellung und für Familienfragen des Kantons Freiburg zum Anlass, einige wichtige Fragen aufzuwerfen:

*Haben wir genug?*

*Haben wir genug* Frauen gewählt, um dem Gleichstellungsartikel in der Verfassung und der demokratischen Idee gerecht zu werden?

*Haben wir genug*, wenn bei den letzten Wahlen 0% Freiburgerinnen in den Ständerat, 14,3% in den Nationalrat, 23,6% in den Grossen Rat, 24,5% in die Gemeinderäte und 28,5% in den Staatsrat gewählt wurden?

*Haben wir nach 40 Jahren Frauenstimm- und Wahlrecht genug von der Untervertretung der Frauen in den politischen Institutionen?*

Die vorliegende Publikation soll dazu anregen, sich Gedanken zur tatsächlichen Umsetzung der Gleichstellung zwischen Frau und Mann in der Politik zu machen. Sie zeigt, dass es nicht ausreicht darauf zu vertrauen, dass mit der Zeit automatisch immer mehr Frauen gewählt werden. Und gleichzeitig halten wir die Erwartungen tief, indem wir uns sagen, dass der Weg bis zur politischen Gleichstellung ein langer ist, wie bereits die Medien 1971 nach der Abstimmung zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts bemerkten. Ein Blick auf die Vertretung der Frauen in unseren politischen Institutionen zeigt, dass im Kanton Freiburg auch 40 Jahre nach der Abstimmung noch keine Parität herrscht. Und dass der Kanton im schweizerischen Vergleich schlecht abschneidet.

Trotzdem gibt es einige positive Entwicklungen in Sachen Frauen und Politik zu vermelden. So stehen dem Grossen Rat des Kantons Freiburg 2010 drei Frauen vor. Sie beschlossen, dieses Ereignis zum Anlass zu nehmen, um auf die Rolle der Frauen in der Gesellschaft und in der Politik aufmerksam zu machen. In Zusammenarbeit mit dem Büro für die Gleichstellung und für Familienfragen riefen sie zwei Aktionstage ins Leben. Der erste fand im Juni unter dem Titel «Begegnung mit der Bevölkerung» statt, an welchem die Grossratspräsidentin und die Vizepräsidentinnen verschiedene Gemeinden des Kantons besuchten. Der zweite Aktionstag unter dem Titel «Die Frauen im Rathaus», ebenfalls sehr symbolträchtig, findet im September statt.

Wir haben *genug* im Kanton Freiburg, wenn wir auf solche Ereignisse in der Politik nicht mehr aufmerksam machen müssen. Wenn die Frauenvertretung in allen politischen Institutionen in den Prozentbereich der « Normalität » fällt. *Genug* wäre: Gleichstellung in der Realität, die sich in den Zahlen widerspiegelt, für eine Demokratie, die diesen Namen auch verdient.

Geneviève Beaud Spang  
Leiterin des Büros für die Gleichstellung und für Familienfragen

## 2. Zusammenfassung

Im Wahljahr 2011 werden im Kanton Freiburg sämtliche Mandate auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene neu verteilt. Eine einmalige Chance, den Frauen nach vierzig Jahren endlich den Platz in den politischen Institutionen zuzugestehen, welchen sie gemäss ihres Anteils an der Bevölkerung in einer gut funktionierenden Demokratie einnehmen sollten.

Im Hinblick auf das Freiburger Wahljahr 2011 werden im vorliegenden Bericht die Entwicklungen der Frauenvertretung der letzten vierzig Jahre im Kanton Freiburg auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene aufgezeigt und der Rekrutierungs- und Nominierungsprozess der politischen Parteien genauer unter die Lupe genommen. Der Bericht schliesst mit Empfehlungen, was die politischen Parteien, die Kandidatinnen, ihr Umfeld und die Wählerinnen und Wähler tun können, damit Frauen und Männer tatsächlich die gleichen Chancen auf einen Platz in einem politischen Gremium erhalten.

Die Entwicklung des Kandidatinnenanteils auf Freiburger Wahllisten verlief für sämtliche Institutionen sehr ähnlich und bewegt sich ungefähr im Mittel der Schweiz. Je nach Institution erreichte der Anteil der Frauen seit Beginn oder Mitte der neunziger Jahre rund 20 %. In den folgenden zehn bis fünfzehn Jahren erhöhte sich der Anteil der Kandidatinnen noch einmal um rund 10 %. Bei den letzten Wahlen waren also rund ein Drittel der Kandidierenden auf den nationalen, kantonalen oder kommunalen Wahllisten (soweit bekannt) Frauen.

Eine Ausnahme bildet der Ständerat. Hier ist die Nomination die eigentliche Hürde, da pro Partei normalerweise nur eine Person vorgeschlagen wird. Eine Hürde, welche die Freiburgerinnen bisher nur in zwei Wahljahren genommen haben, ohne jedoch gewählt zu werden.

Auch bei den Wahlen in andere Institutionen zeigt sich, dass der Anteil der Frauen auf den Listen nicht zwingend etwas über deren Wahlchancen aussagt. Diese können durch schlechte Platzierungen auf der Liste oder durch ungenügende Bekanntheit der Kandidatinnen sinken. Zugleich können die Wählenden korrigierend auch auf gute Platzierungen der Kandidatinnen einwirken und Frauen von den Listen streichen oder auf die hinteren Ränge verweisen.

Beispiele für im Vergleich durchschnittliche oder hohe Kandidatinnenanteile aber einen tiefen Prozentsatz gewählter Frauen sind die Listen der CVP und des Bezirks Stadt Freiburg bei den letzten Grossratswahlen. Aber auch der umgekehrte Fall existiert. So war der Kandidatinnenanteil bei der FDP und im Wahlkreis Vivisbach für die Grossratswahlen vergleichsweise eher tief, der Anteil der gewählten Frauen jedoch überdurchschnittlich hoch. Ein hoher Kandidatinnenanteil allein reicht also nicht aus, um die Vertretung der Frauen zu fördern.

Je grösser der Konkurrenzdruck, also je weniger Mandate zu gewinnen waren, desto seltener wurden Freiburgerinnen gewählt, wie die Wahlen für den National- und Ständerat und die Wahlen in die kommunalen Exekutiven zeigen. Auch die Mandatsverkürzung im Grossen Rat ging zulasten der Frauen. Es scheint also, dass mit steigendem Prestige eines Mandats die Wahlchancen der Frauen sinken. Umgekehrt steigen die Chancen der Kandidatinnen mit steigender Anzahl Mandate und einem vergleichsweise tieferen Prestige einer Institution. So wurden zwischen 28 % und 32 % Frauen in die Generalräte von Châtel-St-Denis, Bulle und der Stadt Freiburg gewählt, während auf kantonaler Ebene im Parlament nur 23,6 % der Gewählten Frauen waren. Eine Ausnahme ist hier die kantonale Exekutive mit einem Frauenanteil von 28,6 % während der Anteil der gewählten Frauen in die Gemeinderäte nur 24,2 % betrug.

Besonders detaillierte Zahlen liegen für die Grossratswahlen vor. Hier zeigt sich, dass vor allem die sogenannten bürgerlichen Parteien einen grossen Aufholbedarf aufweisen, was die Vertretung der Frauen betrifft. Das grösste Potential liegt bei der CVP, der mit Abstand wählerstärksten Partei bei den Grossratswahlen im Kanton Freiburg. Sie gewann 2006 33,6 % der Gesamtmandate, aber nur gerade 16,2 % der Gewählten der CVP waren Frauen, was 7,4 % unter dem kantonalen Schnitt von 23,6 % liegt und 6 gewählten Frauen entspricht. Läge der Anteil der gewählten Frauen im kantonalen Schnitt, entspräche dies 9 Frauen. Dies allein würde die Frauenvertretung um rund 3 % erhöhen.

Bei der SVP machten die Frauen nur gerade 11,1 % der Gewählten aus, während die Partei immerhin 16,4 % der Mandate gewann. Bei der FDP sieht es ein bisschen besser aus. Hier waren immerhin 26,3 % Frauen bei 17,3 % der Gesamtmandate.

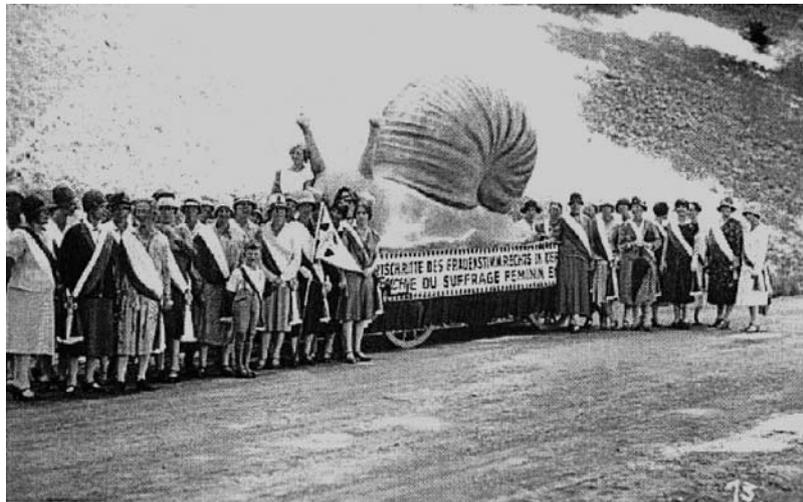
Starke Unterschiede existieren nicht nur zwischen den verschiedenen politischen Parteien sondern auch zwischen den verschiedenen Wahlkreisen. Es scheint, dass die Wählenden je nach Region mehr oder weniger geneigt sind, Frauen zu wählen. Dies kann aber auch mit den Kandidatinnen und deren Bekanntheit zusammenhängen. Hier sind wiederum die politischen Parteien gefordert. Es reicht nicht, Frauen kurz vor der Listeneingabe für eine Kandidatur zu «überreden». Viel mehr müssten die Kandidatinnen bis zu zwei Jahre vor der Wahl gefunden und gezielt aufgebaut werden, um die Vertretung der Frauen tatsächlich zu erhöhen.

Dieses Bewusstsein scheint bei den politischen Parteien heute noch nicht geweckt. Auch eine klare Strategie zur Frauenförderung scheint in keiner Partei vorhanden zu sein, wie eine Umfrage des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (BGF) bei den politischen Parteien zeigt. Wahrscheinlich scheint, dass zwar keine Partei grundsätzlich gegen eine ausgeglichene Frauenvertretung ist, es aber wenig klare Vorstellungen darüber gibt, wie dies erreicht werden könnte und welche Rolle die politischen Parteien dabei spielen sollten. Das Thema scheint innerhalb der politischen Parteien nicht die notwendige Priorität zu geniessen, um eine klare Strategie in dieser Frage zu erarbeiten und umzusetzen.

### 3. 40 Jahre Frauenstimmrecht - Vom «Skandal-» zum «Normalfall»

Im Freiburger Superwahljahr 2011 - sowohl die eidgenössischen, kantonalen wie auch die kommunalen Institutionen werden erneuert - ist es genau 40 Jahre her, seit die Frauen das Stimm- und Wahlrecht auf nationaler Ebene und im Kanton Freiburg auch auf kantonaler und kommunaler Ebene erhalten haben.

Dass die Schweizerinnen erst seit 40 Jahren politisch die gleichen Rechte haben wie die Männer, mutet heute unglaublich an. Aber auch vor 40 Jahren war der Zeitpunkt schon skandalös spät: Sämtliche europäischen Länder hatten das Frauenstimmrecht Jahrzehnte früher eingeführt<sup>1</sup>. Ab 1952 kannten einzig die Schweiz, Portugal und das Fürstentum Liechtenstein in Europa kein nationales Stimm- und Wahlrecht für Frauen. Es dauerte noch einmal beinahe zwanzig Jahre, bis die Schweizer Männer den Frauen den Gang an die Urne erlaubten. Nach jahrelangem Kampf wurde das Frauenstimmrecht am 2. Februar 1971 mit 65,7 % Ja-Stimmen angenommen. Noch zwölf Jahre zuvor, am 1. Februar 1959, hatten 65,9 % der Männer die politische Gleichberechtigung der Frauen abgelehnt.



*Bild 1 «Das Frauenstimm- und Wahlrecht in der Schweiz macht Fortschritte»,  
Aktion an der ersten Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit (Saffa), 1928.*

Die ausgesprochen zahme Strategie der «Stimmrechtsfrauen» sei eine der Gründe für die späte Einführung des Frauenstimmrechts auf nationaler Ebene in der Schweiz gewesen, schreibt Werner Seitz in einem Referat für die Hochschule St. Gallen 2003<sup>2</sup>. Zahm seien die «Stimmrechtsfrauen» gewesen, weil sie durch Milizarbeit und familiäre Verflechtungen früh in den Staat integriert wurden. Ein weiterer Grund sieht Seitz in der Tatsache, dass es seit 1874 während über hundert Jahren zu keiner Totalrevision der Bundesverfassung kam, welche eine weniger exponierte Einführung des Frauenstimmrechts ermöglicht hätte. Zudem sei das patriarchale Modell der Rollenteilung von Frauen und Männern auch in der Schweiz tief verwurzelt gewesen.

<sup>1</sup> Siehe Annex 7.2.1 «Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts weltweit»

<sup>2</sup> W. Seitz: *Gleichstellungspolitische Strategien und ambivalente Wirkungen der direkten Demokratie. Ein Streifzug durch hundert Jahre Kampf um politische Gleichstellung in der Schweiz*, 2003

## «Für unsere Frauen ein herzliches Ja» - Die Einführung des Frauenstimmrechts im Kanton Freiburg



Bild 2  
«Ein herzliches Ja»,  
im «Anzeiger von Kerzers»,  
22.01.1971

Am 7. Februar 1971 scheint die politische Gleichstellung von Mann und Frau im Kanton Freiburg endlich angekommen zu sein. Mit 71,1 % bzw. 59,9 %<sup>3</sup> sagen die Freiburger zwei Mal «herzlich Ja», sowohl zum kantonalen als auch zum nationalen Frauenstimm- und Wahlrecht. Sämtliche politischen Parteien und die kantonalen Medien hatten sich im Vorfeld der Wahl für die Einführung des Frauenstimmrechts ausgesprochen und unterstützten die Kampagne «Ein herzliches Ja für unsere Frauen - deux fois OUI de bon coeur». Auch die katholische Kirche, die sich bei der ersten nationalen Abstimmung 1959 nicht geäußert hatte, bezog in einer schweizweiten Pressemitteilung Stellung für die Einführung des Frauenstimmrechts. Angesichts dieser Einigkeit im Kanton Freiburg ging einzig der Chefredakteur des «Le Républicain», Bernard Borcard, in die Opposition<sup>4</sup>.

Die politischen Parteien betrieben bereits im Vorfeld der Abstimmung Wahlkampf. Genau wie 2011 fanden auch 1971 kommunale, kantonale und eidgenössische Wahlen statt. So war auch die Diskussion vor der Abstimmung zum Frauenstimm- und Wahlrecht von Wahlkampfrethorik geprägt<sup>5</sup>. Dass es opportun erschien, sich als politische Partei für das Frauenstimmrecht einzusetzen, zeigt, wie stark sich die öffentliche Meinung seit der letzten Abstimmung gewandelt hatte. Zwölf Jahre zuvor sah es nämlich noch anders aus: 70,2 % der Freiburger stimmten am 2. Februar 1959 gegen die Einführung des nationalen Frauenstimmrechts - ein kantonales stand nicht einmal zur Debatte. Die Partei der Bauern, der Arbeiter und der Unabhängigen sowie deren Presseorgan «Der Freiburger Bauer» und die kantonale Bauernorganisation sprachen sich damals gegen das Frauenstimmrecht aus. Die zwei grössten kantonalen Parteien, die Konservative Partei Freiburg (die spätere Christlich-demokratische Partei CVP) und die Freisinnig Demokratische Partei FDP beschlossen Stimmfreiheit, was von Kritikern als implizite Aufforderung zu einem «Nein» gedeutet wurde.

Für die Historikerin Monica Fasani Serra ist die Annahme des Frauenstimm- und Wahlrechts 1971 Ausdruck eines Wertewandels im Kanton Freiburg. Der demografische und wirtschaftliche Aufschwung, die nicht mehr Lateinisch gelesene Messe, die Ankunft des Fernsehens, die zunehmende Öffnung der Bildung für die Frauen - all diese und weitere Faktoren veränderten die Stellung der Frauen und rüsteten sie besser für den Kampf um das Stimm- und Wahlrecht. Zugleich ist auch der Einfluss der restlichen Schweiz nicht zu unterschätzen. Die grössten Schweizer Parteien setzten sich 1971 für das Frauenstimmrecht ein und gaben in den Medien, auch im Kanton Freiburg, entsprechende Parolen bekannt. Diese fielen im Kanton Freiburg auf fruchtbareren Boden als zwölf Jahre zuvor, auch weil bereits zahlreiche öffentliche Diskussionen zum Thema stattgefunden hatten. Medienberichte aus der damaligen Zeit zeigen, dass sich die Diskussion vor allem um vier Argumente drehte<sup>6</sup>: Um Gleichheit und Gerechtigkeit, um wirtschaftliche Faktoren, insbesondere den Umstand, dass viele Frauen arbeiteten und daher auch das Recht hätten, politische Entscheide zu treffen, um religiöse Argumente und die Stellung der Frau sowie um die Öffnung oder die Abgrenzung der Schweiz und des Kantons Freiburg zum Ausland hin, welches den Frauen in vielen Fällen das Stimmrecht bereits zugesprochen hatte.

<sup>3</sup> W. Seitz: *Gleichstellungspolitische Strategien und ambivalente Wirkungen der direkten Demokratie. Ein Streifzug durch hundert Jahre Kampf um politische Gleichstellung in der Schweiz*, 2003.

<sup>4</sup> M. Fasani Serra: *Mémoire de licence «Un geste de bon cœur» pour faire bon genre? L'adoption du suffrage féminin dans le canton de Fribourg, arguments et contre-arguments dans la presse (1959-1971)*, Seite 49

<sup>5</sup> Siehe Anhang 7.2.2 «Zitate zur Einführung des Frauenstimmrechts im Kanton Freiburg»

<sup>6</sup> C.-L. Pasquier: *L'histoire d'une conquête*, in «La Gruyère», 6. Mars 2007

Die ersten offiziellen Bemühungen nach dem Zweiten Weltkrieg für die politische Gleichberechtigung im Kanton Freiburg waren die Eingabe zweier Motionen im Grossen Rat. Darauf hin hielt der Staatsrat in seiner Antwort fest, dass es an der Zeit wäre, den Frauen den Zugang zum öffentlichen Sektor zu erleichtern. Er hatte jedoch die Befürchtung, dass eine Abstimmung zur Einführung des kantonalen Stimm- und Wahlrechts bei der Bevölkerung scheitern würde und der Angelegenheit somit eher hinderlich sei<sup>7</sup>. Der Staatsrat wollte daher den Frauen zuerst denn Zugang zu höheren administrativen Posten erleichtern. Die entsprechende Vorlage hierzu wurde am 20. April 1952 von der Stimmbevölkerung jedoch abgelehnt.

Die *Association pour le suffrage féminin fribourgeois* (ASSF) begrüsst die Motionen und die Bemühungen des Staatsrates, welche dem Thema zumindest zu einer öffentlichen Diskussion verhalfen. Die ASSF, welche sich seit ihrer Gründung für das Frauenstimm- und Wahlrecht einsetzte und den Frauen ermöglichte, sich zu organisieren, ermutigte die Freiburgerinnen und Freiburger vor beiden Abstimmungen Komitees zu gründen, um die Bevölkerung für ein Ja zu gewinnen. «Ein herzliches JA für unsere Frauen», die Abstimmungsparole der Befürwortenden, zeigt jedoch, wie vorsichtig die Frauenstimmrechtlerinnen und -rechtler 1971 für ein positives Abstimmungsergebnis kämpften. Auch wenn öffentliche Stellungnahmen gegen das Frauenstimmrecht bei dieser zweiten Abstimmung selten zu vernehmen waren, vielleicht auch weil man sich modern geben wollte, so gab es sie dennoch. Die Befürwortenden wollten diesmal den Vorurteilen der Bevölkerung Rechnung tragen und entschieden sich für eine Kampagne, welche das Frauenstimmrecht «herzlich» erbittet, wie Monica Fasani Serra in ihrer Schlussfolgerung festhält<sup>8</sup>. Die rationalen Argumente, welche zwölf Jahre zuvor angeführt wurden, blieben etwas im Hintergrund. Seinerzeit wollten die Befürwortenden die Wähler für das Prinzip der Gleichheit von Mann und Frau gewinnen<sup>9</sup>. Dies schien im damaligen, von der Kirche geprägten, ländlichen Freiburg aber auf taube Ohren zu stossen. Seit 1971 haben Freiburgerinnen und Freiburger vom Gesetz her also gleiche politische Pflichten und Rechte. Doch wie bereits die Freiburger Medien nach dem positiven Abstimmungsergebnis voraussagten, ist es ein langer Weg bis zur tatsächlichen politischen Gleichstellung. Ein Blick auf die Frauenvertretung in den politischen Institutionen zeigt, dass der Kanton Freiburg auch vierzig Jahre später noch nicht angekommen ist.

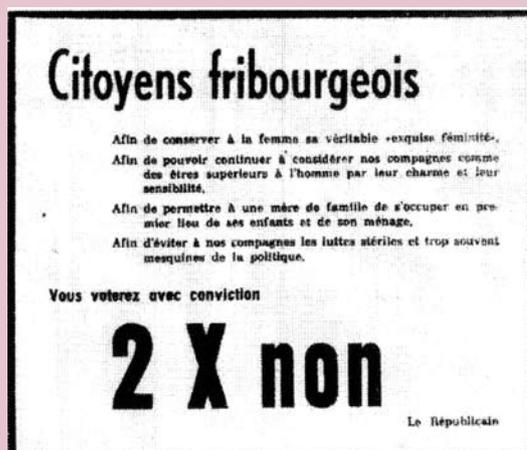


Bild 3  
«Zwei Mal überzeugt Nein»,  
im «Le Républicain», 04.02.1971

<sup>7</sup> M. Fasani Serra: *Mémoire de licence «Un geste de bon cœur» pour faire bon genre? L'adoption du suffrage féminin dans le canton de Fribourg, arguments et contre-arguments dans la presse (1959-1971)*, Seite 41

<sup>8</sup> Ibidem, Seite 204

<sup>9</sup> Ibidem

Anders als in den meisten anderen Ländern habe aber die politische Elite in Parlament und Regierung diesen alltagsweltlichen Vorstellungen nicht Gegensteuer gegeben, sondern auf das angebliche Volksempfinden rekurriert, dem Volk die Verantwortung in dieser Frage delegiert und dieses somit als Nein-Sager zum Frauenstimmrecht eingesetzt.

Auf kantonaler Ebene wurde das Frauenstimmrecht teilweise mehr als ein Jahrzehnt früher eingeführt. 1959 stimmten die Kantone Waadt und Neuenburg für die Einführung des Frauenstimmrechts, Genf ein Jahr später. Ab Mitte der sechziger Jahre folgten sukzessive die Kantone Basel Stadt, Basel Landschaft, das Tessin, Zürich, Luzern und das Wallis. Der Kanton Freiburg führte das kantonale Frauenstimmrecht wie alle anderen Kantone mit Ausnahme von Appenzell Inner- und Ausserrhoden im Zuge der nationalen Abstimmung 1971/1972 ein.

Mit dem Stimmrecht erhielten die Frauen gleichzeitig auch das Recht, für politische Ämter zu kandidieren. Der Kampf um eine gleichberechtigte Vertretung in politischen Institutionen hatte damit begonnen - und dauert bis heute an. Zwar hatten die Frauen relativ schnell Eingang in die kantonalen Parlamente und den Nationalrat gefunden und konnten ihren Anteil im Laufe der Jahre vergrössern, mit 29,5 % Frauen im Nationalrat und 26,3 % Frauen in den kantonalen Parlamenten ist man jedoch auch nach 40 Jahren noch weit entfernt von der Parität. Noch schwieriger ist es für Frauen, in den Ständerat und in die Exekutiven gewählt zu werden. 2007 wurden 21,7 % Frauen in den Ständerat gewählt, der Anteil der Frauen in den kantonalen Regierungen betrug 19,2 %.

Die Schweiz ist heute in Sachen politischer Frauenpartizipation kein europäischer Sonderfall mehr wie vor 40 Jahren, sondern weitgehend ein gleichstellungspolitischer Normalfall<sup>10</sup>. Im weltweiten Vergleich liegt sie heute auf Platz 26, allerdings wurde zum Vergleich nur die Frauenvertretung in der grossen Kammer, in der Schweiz entspricht dies dem Nationalrat, berücksichtigt. Wie zuvor erwähnt, ist

der Frauenanteil in dieser Institution in der Schweiz am höchsten, wenngleich auch hier erst knapp 30 % der Gewählten Frauen sind. Ein «Normalfall» im internationalen Vergleich zu sein heisst also

## **Stimmen Frauen anders als Männer?**

Eine Studie des gfs.bern zeigt: Frauen und Männer unterscheiden sich kaum was Abstimmungsteilnahme und -verhalten angeht (gfs.bern: *Bericht zur VOX-Trend-Berichterstattung für das Jahr 2006*, «Die Entscheidungen von Frauen schützen Umwelt, Service Public und Benachteiligte», Bern, 2006). Sie nehmen bei Abstimmungen in gleichem Mass teil und sind oft gleicher Meinung. Andere Personeneigenschaften und Werthaltungen haben demnach einen weitaus grösseren Einfluss auf das Abstimmungsverhalten als das Geschlecht. Die Studie findet einzig Unterschiede bei Vorlagen zur Umwelt, zum Service Public und zu benachteiligten Gruppen, bei welchen das Abstimmungsverhalten der Frauen tendenziell schützender ausfällt als bei den Männern. Dies gilt jedoch nicht für Vorlagen zu Ausländerinnen und Ausländern sowie sexuellen Straftäterinnen und -tätern. Wirtschaftspolitische Argumente gewichten Frauen hingegen tendenziell etwas schwächer. Zudem stimmen Frauen bei familienpolitischen, partnerschaftlichen und frauenspezifischen Fragen anders ab als Männer: Bei Fragen rund um die Schwangerschaft und Mutterschaft stimmen sie bewahrender. Hier erwies sich jedoch das Alter als wichtigere Variable als das Geschlecht. So stimmten ältere Menschen konservativer, während bei Wählenden bis zum 40. Altersjahr keine Geschlechterunterschiede feststellbar waren. In gesellschaftspolitischen Fragen wie der Familien- oder Partnerschaftspolitik stimmen Frauen liberaler und sprechen sich etwas häufiger für spezifische Frauenförderung in der Politik aus.

<sup>10</sup> W. Seitz: *Gleichstellungspolitische Strategien und ambivalente Wirkungen der direkten Demokratie. Ein Streifzug durch hundert Jahre Kampf um politische Gleichstellung in der Schweiz*, 2003

bei Weitem nicht, dass die Schweiz das Ziel der politischen Gleichberechtigung erreicht hat. Obwohl die rechtlichen Grundlagen dafür vor 40 Jahren geschaffen worden sind, scheint es immer noch grosse Hindernisse für die Wahl von Frauen zu geben.

Im Hinblick auf das Freiburger Wahljahr 2011 werden in den nächsten Kapiteln die Entwicklungen der Frauenvertretung der letzten vierzig Jahre im Kanton Freiburg auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene aufgezeigt und der Rekrutierungs- und Nominierungsprozess der politischen Parteien genauer unter die Lupe genommen. Der Bericht schliesst mit Empfehlungen, was die politischen Parteien, die Kandidatinnen, ihr Umfeld und die Wählerinnen und Wähler tun können, damit Frauen und Männer tatsächlich die gleichen Chancen auf einen Platz in einem politischen Gremium erhalten.

## 4. Situation im Kanton Freiburg

Im folgenden Kapitel wird die Entwicklung der Frauenvertretung im Kanton Freiburg während der letzten vierzig Jahre für nationale, kantonale und kommunale politische Institutionen aufgezeigt. Als Gradmesser für die politische Gleichstellung wird der Anteil der Kandidatinnen auf den Wahllisten, der Anteil der gewählten Frauen und die Wahlquote<sup>11</sup> der Kandidatinnen untersucht.

Der Anteil der Kandidatinnen auf den Wahllisten liegt in der Kompetenz der politischen Parteien, während der Anteil der Gewählten den Entscheidungen der Wählenden entspricht. Die Wahlchance der Kandidatinnen im Vergleich zu den Kandidaten verbindet die beiden Elemente. **Die Wahlquote drückt also aus, wie gross die Chance der Frauen im Vergleich der Männer auf derselben Liste war, gewählt zu werden.** Eine Wahlquote von 100 bedeutet, dass der Anteil der Kandidatinnen dem Anteil gewählter Frauen entspricht und somit die Wahlchancen von Frauen und Männern auf derselben Liste gleich gut waren.

Der Anteil an Kandidatinnen auf der Wahlliste allein sagt also noch nichts über deren Wahlchancen aus. So spielen unter anderem die Platzierung auf der Liste und die Bekanntheit der Kandidierenden eine wichtige Rolle, da sie die Wählenden günstig beeinflussen können. Schlussendlich sind jedoch die Präferenzen der Wählenden entscheidend.

Sämtliche Grafiken in diesem Kapitel basieren auf Tabellen, welche im Anhang dieses Berichtes zugänglich sind. Quellen der Daten sind das Bundesamt für Statistik, die Staatskanzlei des Kantons Freiburg sowie die Bezirke und Gemeinden selbst.

### 4.1 Vertretung auf eidgenössischer Ebene

Im schweizerischen Vergleich schneidet der Kanton Freiburg bei der Vertretung der Frauen in den nationalen Institutionen eher schlecht ab. Im Nationalrat sind im Schnitt 29,5 %, in der Freiburger

#### **Mehr Mandate, mehr Frauen**

Es gibt eine positive Beziehung zwischen der Grösse eines Wahlkreises und des Anteils an Kandidatinnen und gewählter Frauen (T.-H. Ballmer-Cao, M. Tremblay: «Modes de scrutin, partis politiques et élection des femmes: Une introduction», *Swiss Political Science Review*, Volume 14, Issue 4, Rüegg Verlag, Chur/Zürich, 2008). Denn je mehr potentielle Sitze es für eine Partei pro Wahlkreis zu gewinnen gibt, desto mehr Kandidierende werden pro Partei nominiert. Dies erhöht wiederum die Chance der Frauen, auf einen wählbaren Listenplatz, also im vorderen Bereich der Liste, gesetzt zu werden. Eine grössere Anzahl zu gewinnender Sitze in einem Wahlkreis bedeutet auch, dass tendenziell mehr Parteien zur Wahl antreten. Dies hat zur Folge, dass die Parteien in grösserer Konkurrenz zueinander stehen und somit sensibler aufeinander reagieren. Wenn sich eine Partei für die Vertretung der Frauen stark macht, kann dies somit bei anderen Parteien zu Nachahmungseffekten führen. Allerdings kann eine zu grosse Anzahl politischer Parteien ein Nachteil für die Vertretung der Frauen sein, weil dies die zu erwartende Anzahl Sitze pro Partei schmälert und damit den Konkurrenzkampf unter den Parteien erhöht, was meistens auf Kosten der Kandidatinnen geht. Der gleiche Effekt zeigt sich, wenn nur wenige Sitze pro Wahlkreis zu gewinnen sind. Diese Wahlkreise können beinahe nur von grossen Parteien gewonnen werden, die mit ihren Spitzenkandidaten, meist Bisherigen und daher meist Männer, antreten. Diese Parteien haben oft wenig Interesse daran, ihre Hochburgen zu öffnen und neuen Gruppen, also auch Frauen, zugänglich zu machen.

<sup>11</sup> (Gewählte % / Kandidierende %)\*100

Delegation jedoch nur 14,3 % Frauen<sup>12</sup>, also nicht einmal die Hälfte des nationalen Schnitts. Für den Ständerat sieht es noch schlechter aus: 22 % der Gewählten sind Frauen, der Kanton Freiburg entsendet jedoch keine einzige. Die Vertretung sieht umso magerer aus, wenn bedacht wird, dass auch die nationalen Vergleichszahlen weit von der Parität entfernt sind.

#### 4.1.1 Nationalrat

Der Nationalrat vertritt das Schweizer Volk auf nationaler Ebene und entspricht der grossen Kammer des Schweizer Parlaments. Die Kantone bilden die Wahlkreise und erhalten je nach Bevölkerungsstärke eine gewisse Anzahl Mandate zugesprochen. Dem Kanton Freiburg standen von 1971-1999 sechs, ab 2003 sieben Sitze zu.

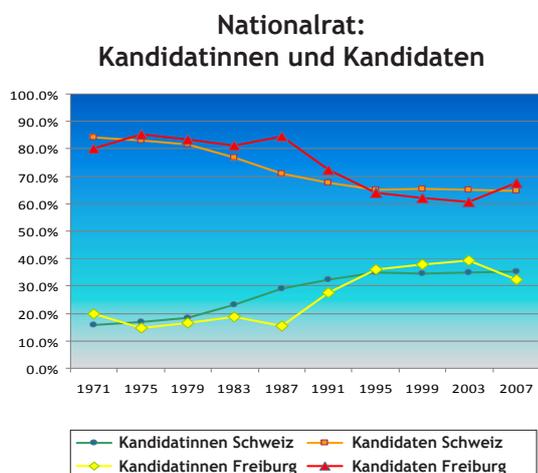
##### Entwicklung der Kandidierenden und Gewählten

In den letzten vierzig Jahren hat sich der Anteil der Freiburger Kandidatinnen für den Nationalrat von 20 % bei der ersten Wahl 1971 auf 32,5 % bei den eidgenössischen Wahlen 2007 erhöht. Auf den im nationalen Vergleich guten Start 1971 folgten mehrere Wahljahre mit Kandidatinnenanteile von unter 20 %. Erst anfangs der neunziger Jahre erhöhte sich ihr Anteil wieder auf über 20 % und übertraf in den folgenden Wahljahren sogar den nationalen Mittelwert.

Ein vorläufiger Peak wurde 2003 erreicht, als beinahe vierzig Prozent der Kandidierenden Frauen waren. Danach scheint jedoch ein Negativ-Trend einzusetzen: 2007 sinkt der Frauenanteil um rund 7 % auf 32,5 %, auf den tiefsten Wert seit 1995. Folgt nun wieder eine rückläufige Phase wie auf den guten Start 1971? Die Wahlen 2011 werden es zeigen. Im nationalen Vergleich wird jedenfalls ersichtlich, dass die Entwicklung des Frauenanteils auf den Parteilisten im Kanton Freiburg weniger linear und konstant verlief als im Schweizer Durchschnitt.

Dies gilt ebenfalls für den Anteil der gewählten Freiburgerinnen in den Nationalrat. Mit Ausnahme des Jahres 1999, in welchem zwei Frauen, und den Jahren 1983 und 1991, in welchen keine Frauen gewählt wurden, konnte jeweils eine Frau für den Kanton Freiburg in den Nationalrat einziehen.

Dies entspricht je nach Anzahl der Freiburger Mandate 16,7 % (bei 6 Sitzen) oder 14,3 % (bei 7 Sitzen). In den Siebzigern war dies im kantonalen Vergleich ein guter Wert, seit Beginn der neunziger Jahre ist er aber klar unter dem nationalen Durchschnitt und noch klarer unter der Parität. Die Statistik zeigt: Freiburg leistet keinen Anteil an die positive Entwicklung der Frauenvertretung nur eine Freiburgerin für den Kanton Freiburg im Nationalrat<sup>13</sup>.

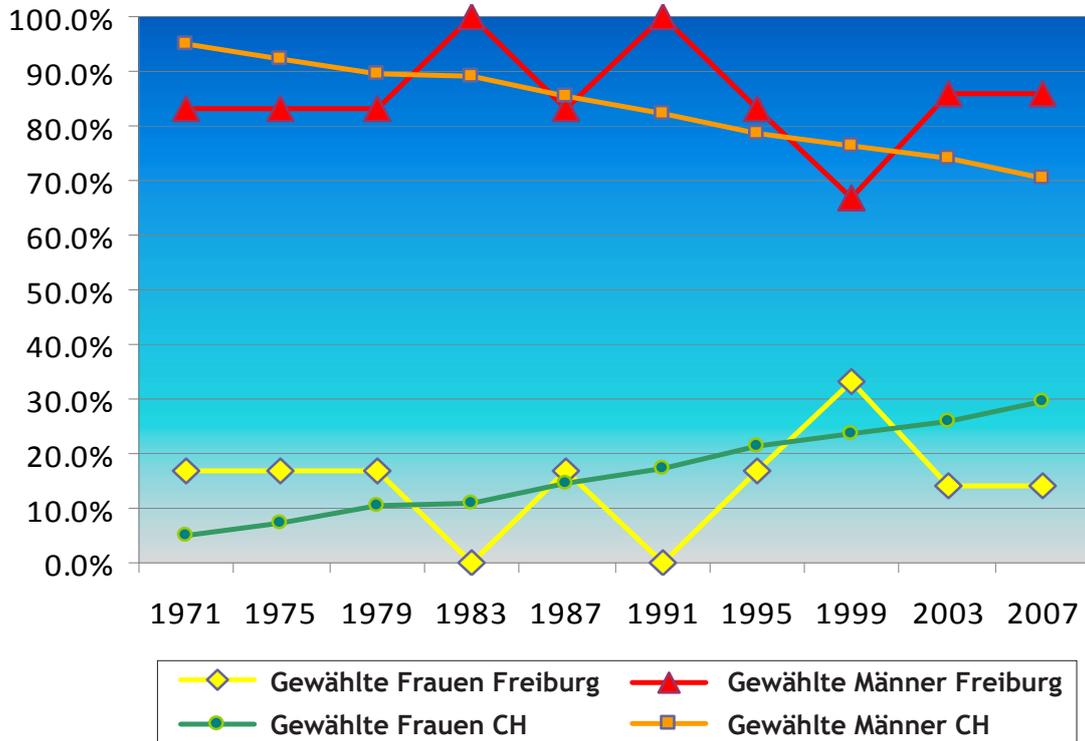


*Grafik 1*  
«Anteil der Schweizer und Freiburger  
Kandidatinnen und Kandidaten bei  
den Nationalratswahlen 1971 - 2007»

<sup>12</sup> Wir gehen in dieser Studie immer vom Prozentsatz gewählter Frauen zum Zeitpunkt der Wahlen aus. Dieser Prozentsatz kann jedoch während der Legislatur, z.B. infolge von Rücktritten, ändern: So nahm wegen des Rücktritt eines Freiburger Nationalrates Ende 2008 eine zweite Frau für Freiburg im Nationalrat Platz, erscheint jedoch nicht in der Statistik.

<sup>13</sup> Siehe Notiz Nr.12

## Nationalratswahlen: Gewählte Frauen und Männer



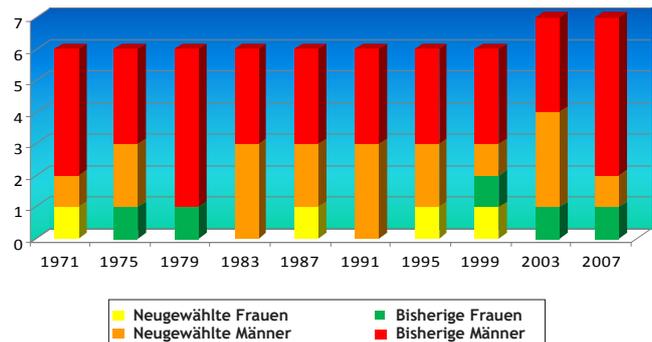
Grafik 2

«Anteil der in den Nationalrat gewählten Schweizer und Freiburger Frauen und Männer 1971 - 2007»

Ein Grund hierfür scheint die Tatsache, dass Bisherige, also bereits für die vorangehende Legislatur Gewählte, eine bessere Chance haben, gewählt zu werden. So ist es jeweils für mindestens die Hälfte der im Kanton Freiburg gewählten Nationalräte mindestens die zweite Amtszeit. Diese Tendenz zum Status quo ist eine grosse Hürde für die Verbesserung der Frauenvertretung. Zudem werden bisherige Frauen nicht in jedem Fall wiedergewählt, wie die Jahre 1983 und 1991 zeigen.

Auch werden mit Ausnahme der Wahlen von 1971 und 1999 jeweils mehr neue Männer als neue Frauen gewählt.

## Nationalratswahlen: Bisherige und Neugewählte

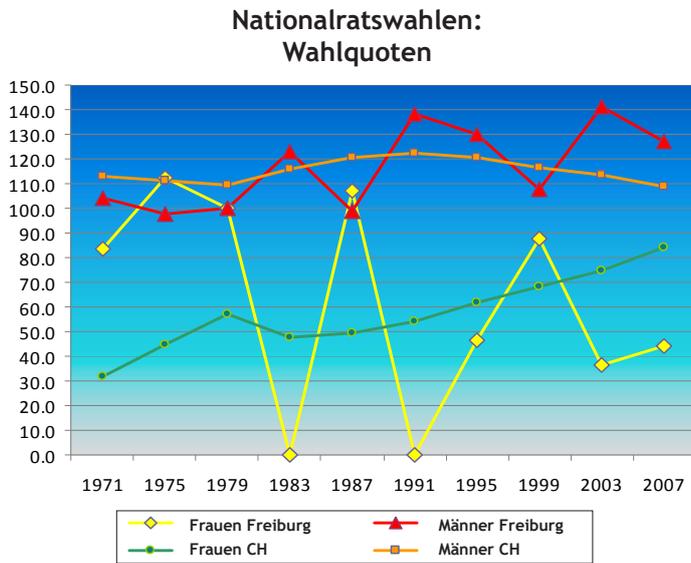


Grafik 3

«Anzahl der in den Nationalrat gewählten bisherigen und neugewählten Freiburgerinnen und Freiburger 1971 - 2007»

## Entwicklung der Wahlquote

Der wachsende Anteil der Kandidatinnen auf den Wahllisten hatte keine Auswirkung auf die Vertretung der Freiburgerinnen im Nationalrat. Dies drückt sich auch in der Wahlquote aus: Zu Beginn der



Grafik 4

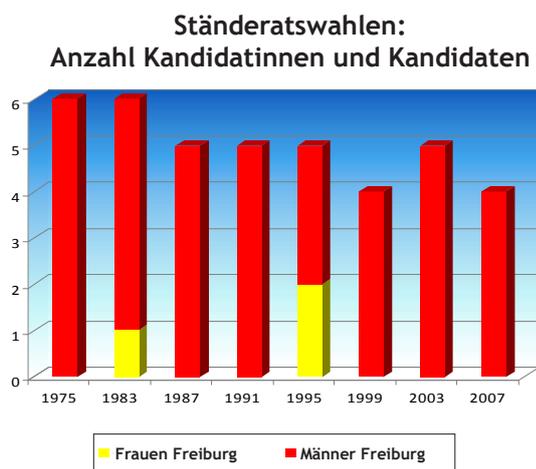
«Wahlquote der in den Nationalrat gewählten Schweizer und Freiburger Frauen und Männer 1971 - 2007»

der siebziger Jahre war die Wahlquote, also die Chance der Kandidatinnen, gewählt zu werden, besser als die der männlichen Kandidaten. Der Grund dafür ist der vergleichsweise tiefe Kandidatinnenanteil während der siebziger und achtziger Jahre. Mit steigendem Kandidatinnenanteil sanken die Chancen letzterer, gewählt zu werden. Mit anderen Worten: Der Anteil der Kandidatinnen scheint im Kanton Freiburg keinen Einfluss auf die Wahlchancen der Frauen zu haben. Egal wie viele Kandidatinnen sich auf den Parteilisten befunden haben, die Wählenden haben mit Ausnahme von 1999 (zwei Frauen) und 1983 und 1991 (keine Frau) niemals mehr als eine Frau gewählt. Anders die nationale Wahlquote der Frauen: Mit steigendem Kandidatinnenanteil stieg auch die Chancen der Kandidatinnen, gewählt zu

werden, und somit auch der Anteil der gewählten Frauen in den Nationalrat.

## 4.1.2 Ständerat

Der Ständerat entspricht der kleinen Kammer des Schweizer Parlaments und vertritt die Kantone. Jedem Kanton stehen zwei, den sechs Halbkantonen jeweils einen Sitz zu. Insgesamt zählt der Ständerat somit 46 Sitze.



Grafik 5

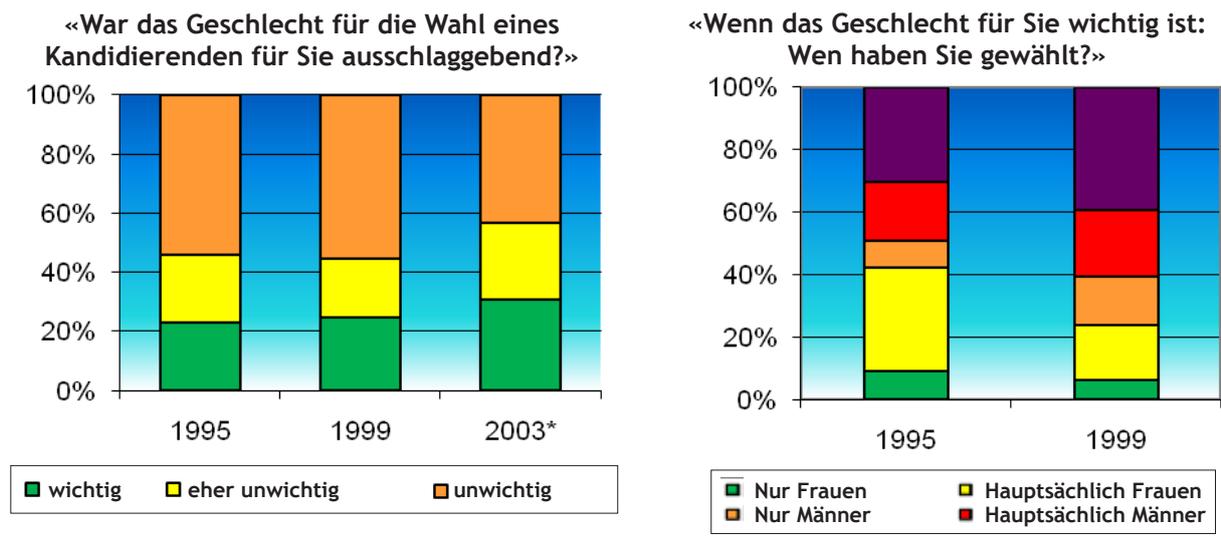
«Anteil der Freiburger Kandidatinnen und Kandidaten für den Ständerat 1975 - 2007»

Der Ständerat ist im Kanton Freiburg auch vierzig Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts eine Männerdomäne geblieben. Nur drei Frauen haben hier seit 1971 eine kleine Nebenrolle gespielt: 1983 kandidierte eine, 1995 zwei Frauen, was 16,7 % respektive 40 % der Kandidierenden entspricht. Bis heute wurde aber keine einzige Freiburgerin in den Ständerat gewählt.

Bei nur zwei Sitzen, für Halbkantone sogar nur einem Sitz, haben es die Kandidatinnen schweizweit schwerer, in den Ständerat gewählt zu werden. 2007 waren immerhin 22 % der Gewählten Frauen, was aber weniger als einem Viertel entspricht.

### «Wählen Sie Männer oder Frauen?»

1995 gaben bei nationalen Umfragen zu den eidgenössischen Wahlen 22,9 % der Befragten an, dass das Geschlecht für die Wahl eines Kandidaten oder einer Kandidatin für sie eine Rolle spielt (Schweizer Wahlstudien Selects, Schweizer Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften FORS). 1999 war für 24,7 %, 2003 für 30,1 % der Befragten das Geschlecht sehr oder eher wichtig für die Wahl eines Kandidaten oder einer Kandidatin.



Dies bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass die Befragten Frauen gewählt haben: 1995 haben 42,5 % der Befragten, die das Geschlecht als ausschlaggebend bezeichnen, hauptsächlich oder nur Frauen gewählt. 27,4 % geben an, hauptsächlich oder nur Männer gewählt zu haben. 1999 präsentiert sich die Situation genau umgekehrt. 36,9 % der Befragten, die das Geschlecht als ausschlaggebendes Kriterium angeben, sagen, hauptsächlich oder nur Männer gewählt zu haben. 23,9 % hatten hauptsächlich oder nur Frauen gewählt.

## 4.2 Vertretung auf kantonaler Ebene

In den kantonalen Institutionen sieht es für die Freiburgerinnen ein bisschen besser aus als in den nationalen Institutionen: 23,6 % Frauen sitzen im Grossen Rat, in den Schweizer Kantonsparlamenten sind es im Durchschnitt 26,3 %. Ein positiveres Zeugnis kann der Freiburger Exekutive ausgestellt werden: 28,5 % der Staatsräte sind Staatsrätinnen. Im Schnitt sitzen jedoch nur 19 % Frauen in den Schweizer Kantonsregierungen. Die Zahlen sind aber mit Vorsicht zu geniessen: Im Moment sind zwei der sieben Staatsräte Frauen. Wird eine der beiden abgewählt, so sinkt der Frauenanteil auf 14,3 %. Zudem ist auch 28,5 % erst wenig mehr als ein Viertel, also auf halbem Weg zur Parität.

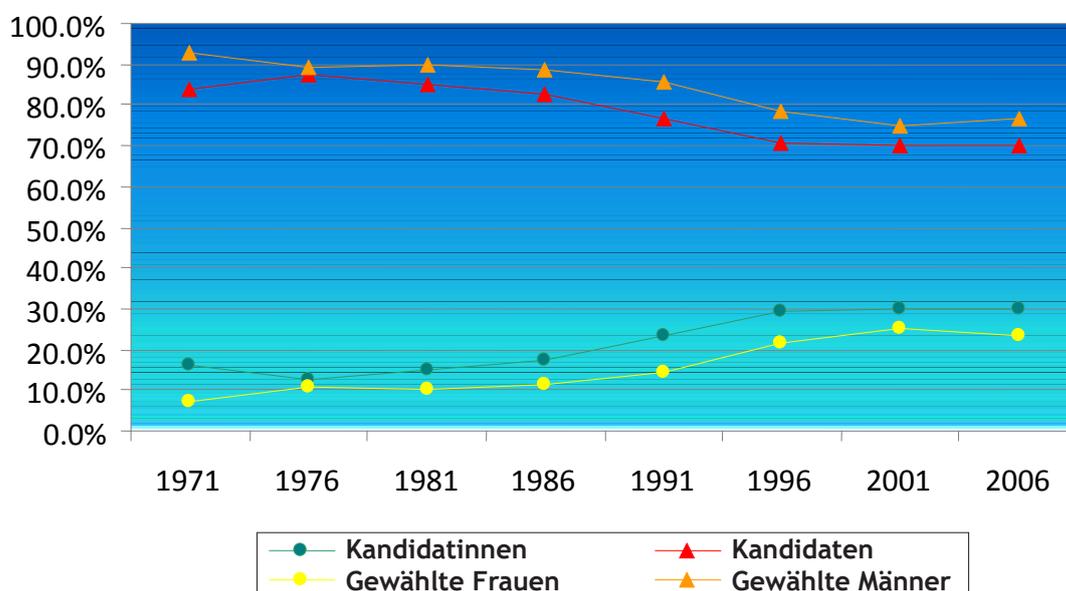
### 4.2.1 Grosser Rat (Kantonale Legislative)

Der Grosse Rat entspricht im Kanton Freiburg der kantonalen Legislative. Die Mandate werden nach Bevölkerungsstärke auf die acht Bezirke des Kantons verteilt. Insgesamt zählte der Grosse Rat bis 2001 130 Mandate. Seit 2006 werden noch 110 Abgeordnete gewählt.

#### Entwicklung der Kandidierenden und Gewählten

Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass die Entwicklung der Frauenvertretung im Grossen Rat harmonischer verlief als in den nationalen Institutionen und weitestgehend der Entwicklung des Kandidatinnenanteils folgte. Dieser stieg von anfänglich 15 % auf 30 % für die letzten drei Grossratswahlen. Dieser Wert liegt leicht unter dem nationalen Durchschnitt. Auch der Anteil der gewählten Frauen stieg seit 1971 stetig an, lag jedoch zu jedem Zeitpunkt tiefer als der Anteil an Kandidatinnen, was bedeutet, dass die Kandidatinnen auf den Listen eine geringere Wahlchance hatten als ihre männlichen Kollegen.

#### Grossratswahlen: Kandidierende und Gewählte



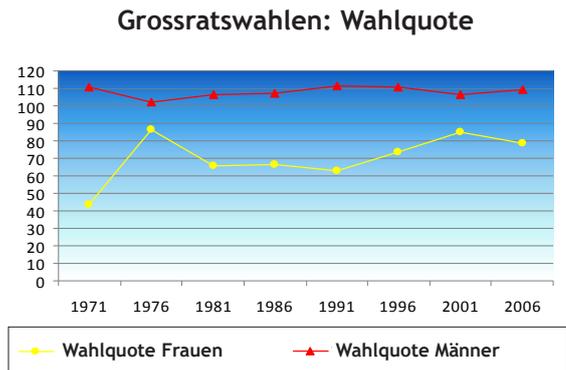
Grafik 6

«Anteil der Freiburger Kandidatinnen und Kandidaten sowie der gewählten Frauen und Männer für den Grossen Rat des Kantons Freiburg 1971 - 2006»

Der Anteil der gewählten Frauen stieg von knapp 7 % im 1971 auf immerhin 23,6 % im 2006. Im Vergleich zu 2001 wurden somit rund 2 % weniger Frauen gewählt, obwohl der Anteil der Kandidatinnen stabil blieb. Dies entspricht dem ersten Rückgang des Anteils der Grossrätinnen seit 1976. Der Grund für diesen Rückgang scheint in der Verknappung der Grossratsmandate von 130 auf 110 zu liegen. Dies führte zu einem grösseren Konkurrenzkampf unter den Kandidierenden, welcher, wie es scheint, zu Lasten der Frauen ausging. Im nationalen Vergleich lag der Kanton Freiburg 2001 noch geringfügig vorne. Mit dem Rückgang verliert er 2006 aber rund 2,4 % auf den Durchschnitt der Frauenvertretung in den Parlamenten der Schweizer Kantone.

## Entwicklung der Wahlquote

Die Wahlquote<sup>14</sup> der Freiburgerinnen hat sich in den letzten vierzig Jahren von 43 auf 85 verbessert. Bei den Wahlen 2006 fiel sie zum ersten Mal seit Anfang der neunziger Jahre wieder, und zwar auf 79. Die Wahlquote der Freiburger lag im gleichen Zeitraum immer über 100. Dies bedeutet, dass die Chancen der Kandidaten gewählt zu werden je nach Jahr rund 1,2 bis 2,5 Mal besser waren als die ihrer weiblichen Mitbewerberinnen. Die Wahlquoten der Jahre 2001 und 2006 liegen im Bereich des nationalen Durchschnitts, für die Jahre davor liegen dem BGF leider keine nationalen Vergleichszahlen vor.



Grafik 7  
«Wahlquote der Freiburger Kandidatinnen  
und Kandidaten für die Wahlen  
in den Grossen Rat des Kantons Freiburg  
1971 - 2006»

## Entwicklung der Frauenvertretung nach politischen Parteien

Die vier wählerstärksten Parteien bei den Grossratswahlen im Kanton Freiburg waren 2006 die CVP (33,6 % der Mandate), die SP (22,7 %), die FDP (17,3 %) und die SVP (16,4 %). Insgesamt halten diese vier Parteien 90 % der Mandate. Rund weitere 8 % halten die CSP (3,6 %), die Grünen (2,7 %) und die Bewegung Öffnung (1,8 %).

Von den vier wählerstärksten Parteien kam die SP der Parität am nächsten. Seit Mitte der neunziger Jahre machten die SP-Frauen rund 35 %-40 % der Gewählten der SP aus. Bei den Wahlen 2006 bekamen jedoch auch die SP-Kandidatinnen den durch die Mandatsreduktion für den Grossen Rat von 130 auf 110 verursachten Konkurrenzdruck zu spüren. Zum ersten Mal sank bei der SP der Anteil an gewählten Frauen, und zwar um rund 6 %.

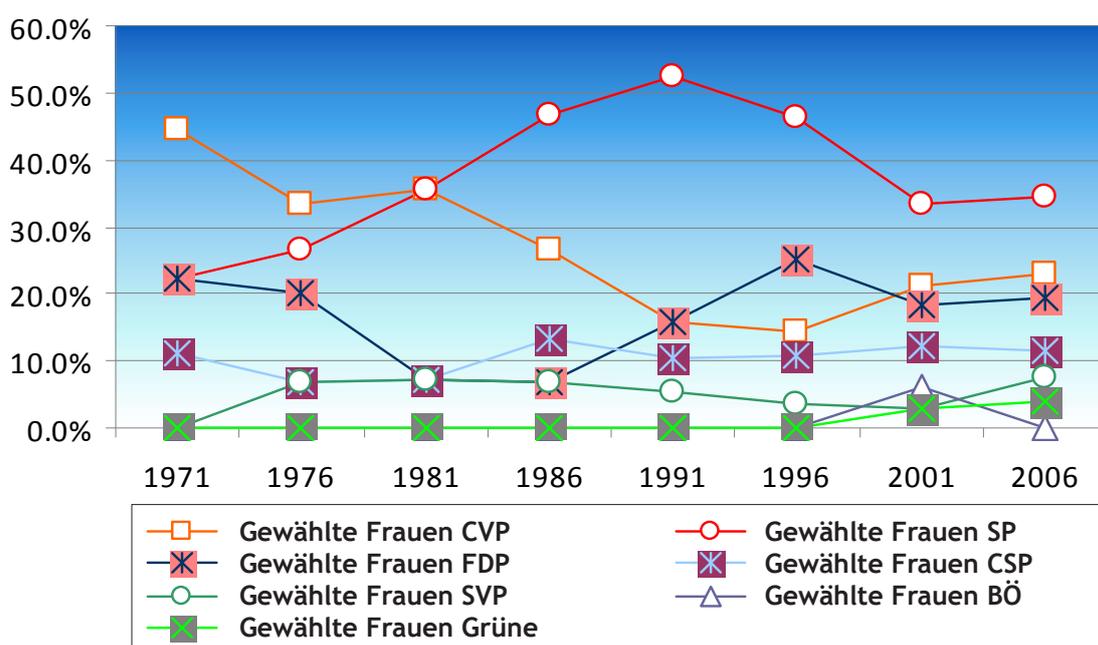
Gefolgt wird die SP von der FDP, bei welcher die Frauen für den gleichen Zeitraum 23 %-28 % ausmachten. Den Dritten Platz in Sachen Frauenvertretung belegt unter den vier grössten Parteien die mit Abstand wählerstärkste Partei, die CVP. Seit anfangs der neunziger Jahre gewann sie jeweils rund 35 % der Gesamtmandate. Die Frauen hielten jedoch nur zwischen 6,5 % und 16,2 % dieser Mandate. Einen noch tieferen Anteil hielten die Frauen der SVP. Dieser schwankt seit anfangs der neunziger Jahre zwischen 6,5 % und 12,5 %. Für den gleichen Zeitraum stieg der Anteil an Gesamtmandaten der SVP von rund 10 % auf rund 16 % an.

Der Anteil der gewählten Frauen innerhalb einer Partei überschritt nur in zwei Fällen die 50 %-Marke: 2001 waren 100 % der gewählten Grünen Frauen, was jedoch nur einer Grossrätin entsprach, da die Grünen nur ein Mandat gewinnen konnten. In der darauffolgenden Wahl 2006 waren 75 % (3 Frauen) der Gewählten der CSP Frauen. Dies entspricht der Entwicklung der CSP-Frauen, welche innerhalb der Partei stetig an Stärke gewannen, während die Partei insgesamt Mandate verlor.

Die folgenden Grafiken zeigen den Anteil der einzelnen politischen Parteien am Total der gewählten Frauen. Ausser in den Jahren 1971 und 1976 machten die SP-Frauen mit Abstand den grössten Teil der gewählten Frauen aus, obwohl die SP je nach Jahr zwischen 10 % und 16 % weniger Mandate gewann als die CVP. 1991 stellte die SP 50 % der gewählten Frauen, gefolgt von der CVP und der FDP mit jeweils rund 18 %. Seither haben sich die drei Parteien etwas angenähert: 2006 machen die gewählten Frauen der SP noch 34,6 %, die Frauen der CVP 23,1 % und die Frauen der FDP 19,2 % aus. Damit stellen alleine diese drei Parteien 76,9 % der gewählten Frauen.

<sup>14</sup> Siehe Kapitel Nr.4

## Grossratswahlen: Anteil der politischen Parteien am Total der gewählten Frauen



*Grafik 8  
«Anteil der politischen Parteien am Total der in den Grossen Rat des Kantons Freiburg  
gewählten Frauen 1971 - 2006»<sup>15</sup>*

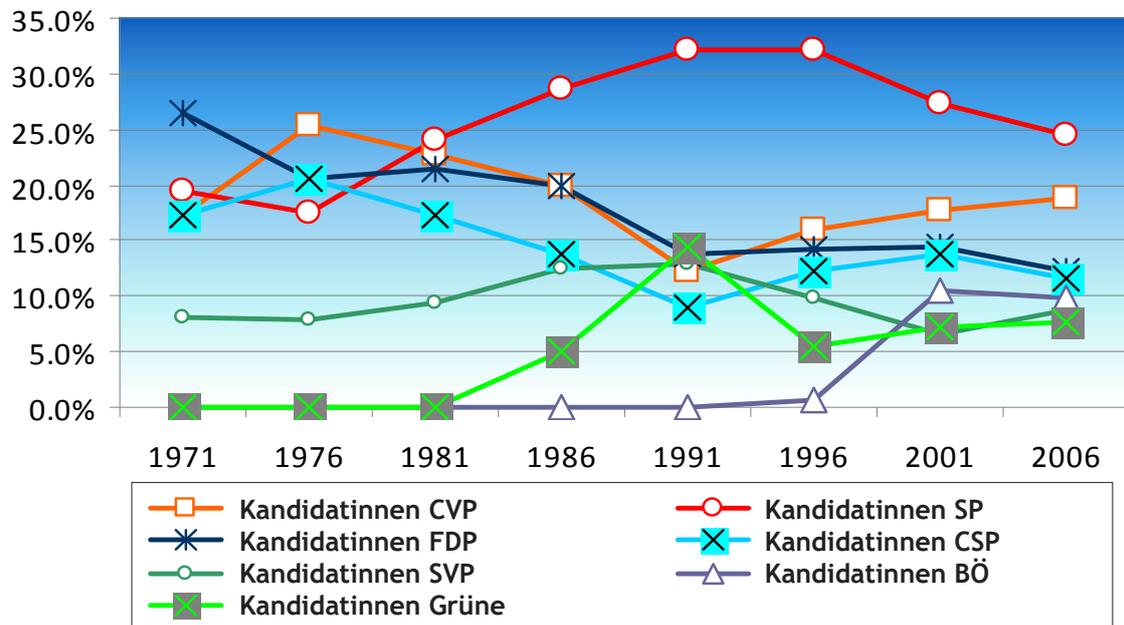
Die SP ist seit 1981 auch Spitzenreiterin bei den Kandidatinnen. So gehörten 2006 25 % der Kandidatinnen auf den Wahllisten der SP und 18,7 % der CVP an. Es folgen die FDP, die CSP, die Bewegung Öffnung, die SVP und die Grünen. Ihre Kandidatinnen machen jeweils zwischen 7,6 und 12,3 % der Kandidatinnen aus.

Der Unterschied bei den Kandidatinnenanteilen auf den Wahllisten ist also geringer als der Unterschied bei den Gewählten. Dies zeigt, dass der Anteil der Frauen auf den Listen nicht zwingend etwas über deren Wahlchancen aussagt. Diese können durch schlechte Platzierungen auf der Liste oder durch ungenügende Bekanntheit der Kandidatinnen sinken. Zugleich können die Wählenden korrigierend auch auf gute Platzierungen der Kandidatinnen einwirken und Frauen von den Listen streichen oder auf die hinteren Ränge verweisen.<sup>16</sup>

<sup>15</sup> CVP: Christlichdemokratische Partei Schweiz, SP: Sozialdemokratische Partei Schweiz, FDP: Die Liberalen, SVP: Schweizerische Volkspartei, CSP: Christlich-soziale Partei, Grüne: Die Grünen, BÖ: Bewegung Öffnung.

<sup>16</sup> Siehe Anhang 7.3.3 «Kantonale Legislativen, Grosser Rat des Kantons Freiburg»

## Grossratswahlen: Anteil der politischen Parteien am Total der Kandidatinnen



Grafik 9  
«Anteil der politischen Parteien am Total der Kandidatinnen für den Grossen Rat des Kantons Freiburg 1971 - 2006»

So unterscheiden sich die Wahlquoten der verschiedenen Parteien auch stark. Die SP-Frauen haben mit Ausnahme von 1971 (45) und 1976 (132) eine Wahlquote um 100 (93-113), was bedeutet, dass Frauen und Männer auf den Listen der SP jeweils ähnlich gute Chancen hatten gewählt zu werden.

Anders bei der CVP. Hier nahmen die Chancen der Frauen gewählt zu werden, stetig ab. Lag die Wahlquote der Frauen 1971 noch bei 75, so lag sie 2006 nur noch bei 54, über zwei Mal kleiner als die Chance der CVP-Männer. Dies liegt vor allem daran, dass der Kandidatinnenanteil auf den Listen der CVP in den letzten Jahren bis auf 30 % anstieg, dieser Anstieg jedoch keine Entsprechung beim Anteil der gewählten CVP-Frauen fand.

Eine umgekehrte Entwicklung fand bei der Wahlquote der FDP-Frauen statt. Diese lag bis 1996 bei 80 oder darunter. Seither hat sie aber stark angezogen und Werte von über 100 angenommen. Dies liegt daran, dass der Anteil der gewählten Frauen in den letzten Jahren stärker gewachsen ist als der Anteil der Kandidatinnen, der mit rund 20 % eher tief liegt. Besonders hoch lag die Wahlquote der FDP-Frauen 2006 mit einem Wert von 130. Die Frauen hatten 1,4 Mal bessere Chancen gewählt zu werden als ihre männlichen Kollegen auf den Listen.

Die Wahlquote der SVP-Frauen hingegen blieb mit Ausnahme von 1976 (138) unter 90. Den Tiefpunkt erreichte die Wahlchance der SVP-Frauen 2001 mit einer Wahlquote von 38, den gleichen tiefen Wert haben seit anfangs der neunziger Jahre nur die CVP-Frauen erreicht (1996). Die Wahlquote der SVP-Frauen verdoppelte sich zwar bei den Wahlen 2006 und betrug nun 76, lag jedoch immer noch 1,3 tiefer als die der SVP-Männer.

Die beste Wahlquote erreichten die Frauen der CSP 2006 mit einer Wahlquote von 176. Somit hatten die CSP-Frauen 4 Mal bessere Wahlchancen als die CSP-Männer. Die Wahlquote der Grünen und der Partei Bewegung Öffnung war jeweils grossen Schwankungen unterlegen, die je nach Wahljahr zugunsten oder zuungunsten der Frauen ausfielen.

### Entwicklung der Frauenvertretung nach Wahlkreisen

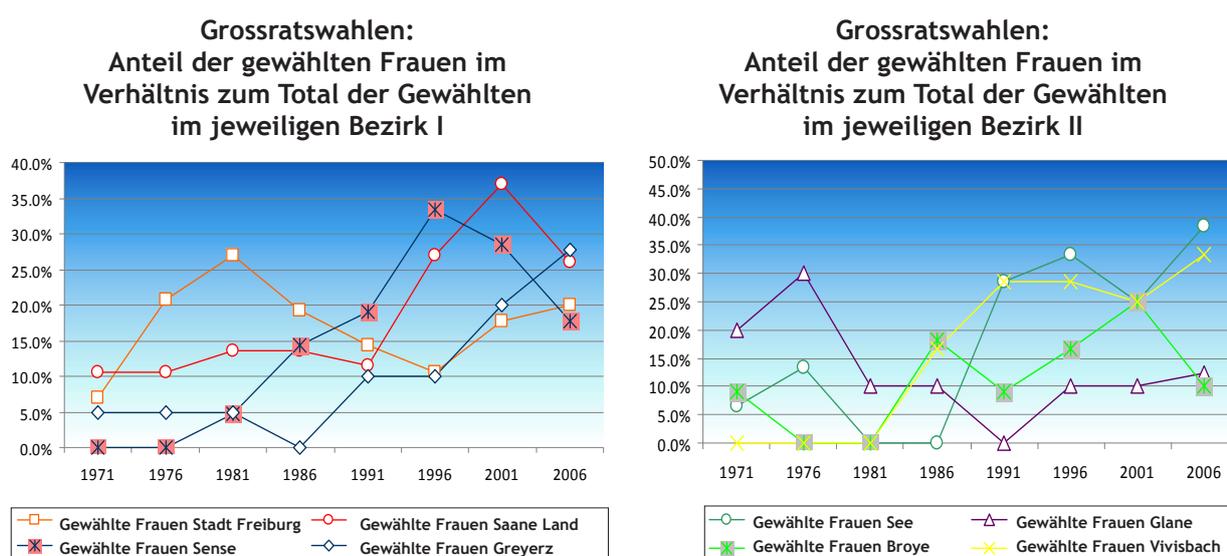
Der Grosse Rat wird im Kanton Freiburg in acht Wahlkreisen gewählt, auf welche die 110 Mandate des Grossen Rates je nach Bevölkerungsstärke verteilt werden. 2006 wurden die Mandate wie folgt auf die Wahlkreise verteilt: Stadt Freiburg: 15 Mandate, Saane-Land: 23 Mandate, Sense: 17 Mandate, Greyerz: 18 Mandate, See: 13 Mandate, Glane: 8 Mandate, Broye: 10 Mandate und Vivisbach: 6 Mandate.

Auch für die Wahlkreise gilt, dass die Frauen nach allen Wahlen und in allen Bezirken untervertreten waren.

Der höchste Anteil Frauen, und zwar 38,5 %, wurde 2006 im Seebezirk gewählt. Zusammen mit dem Vivisbachbezirk schneidet der Wahlkreis See im kantonalen Vergleich am besten ab. In beiden Wahlkreisen wurden seit Beginn der neunziger Jahre jeweils mehr als 25 % Frauen gewählt.

Gefolgt werden sie von den Bezirken Saane-Land und Sense. Diese beiden Wahlkreise verzeichnen seit 1996 einen Anstieg des Frauenanteils unter den Gewählten und erreichten zeitweise Werte von 37 % (Saane-Land) respektive 33 % (Sense). In beiden Wahlkreisen verloren die Frauen bei den Wahlen 2006 jedoch rund 11 % der Mandate. Auch der Frauenanteil des Bezirks Greyerz stieg stetig an und erreichte 2001 zum ersten Mal die 20 %-Marke, 2006 waren bereits 27,8 % der Gewählten Frauen.

Schlechter sieht es für die Frauen im Broyebezirk aus. Zwar wurden 2001 25 % Frauen gewählt, was dem kantonalen Schnitt entsprach. 2006 fiel der Anteil an Frauen unter den Gewählten jedoch auf 10 %, was einem einzigen Mandat für eine Frau entspricht. Der Bezirk Freiburg erreichte 2006 das erste Mal seit 1981 wieder die 20 %-Marke, während der Anteil gewählter Frauen im Wahlkreis Glane von 0 % anfangs der neunziger Jahre auf tiefe 12,5 % im 2006 anstieg.



Grafik 10 und 11

«Anteil der in den Grossen Rat des Kantons Freiburg gewählten Frauen im Verhältnis zum Total der im jeweiligen Wahlkreis Gewählten 1971 - 2006»

Der Anteil der Gewählten folgte nicht in jedem Fall dem Anteil der Kandidierenden. Besonders gut ersichtlich ist dies beim Wahlkreis Stadt Freiburg. Der Anteil der Kandidatinnen stieg hier von 17,2 % (1971) auf 42,2 % (2001), was zugleich den Höchstwert für sämtliche Bezirke und Wahljahre darstellt. 2006 sank der Frauenanteil unter den Kandidierenden des Bezirks um rund 9 % auf 34,6 %, was aber immer noch über dem kantonalen Durchschnitt lag. Wie zuvor gesehen, hat der im kantonalen Vergleich hohe Anteil an Kandidatinnen aber nicht zu einem hohen Anteil gewählter Frauen geführt.

Der Wahlkreis Vivisbach hingegen ist ein Bezirk mit eher geringem Kandidatinnenanteil. 2006 waren nur gerade 14,3 % der Kandidierenden Frauen. Doch wie zuvor gesehen ist der Wahlkreis, was den Anteil gewählter Frauen angeht, ganz vorne mit dabei: Seit Beginn der neunziger Jahre waren jeweils über 25 % der Gewählten Frauen. Mit Ausnahme des Wahljahres 2001, in welchem der Anteil der Gewählten ungefähr dem kantonalen Schnitt entsprach, wurden seit Beginn der neunziger Jahre prozentual mehr Frauen gewählt als im kantonalen Durchschnitt.

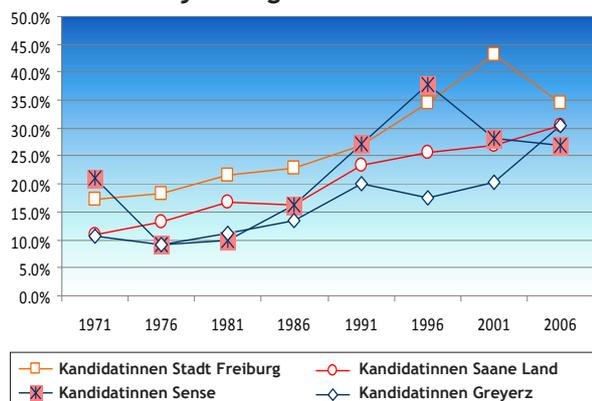
In den Wahlkreisen Sense und See erreichte der Anteil der Kandidatinnen bereits Werte nahe an der 40 % Grenze mit 37,9 % respektive 37,2 %, beide 1996. Im Sensebezirk sank der Anteil danach erneut und betrug 2006 noch 26,8 %, also rund 3 % weniger als der kantonale Durchschnitt. Der Anteil der gewählten Frauen folgte dem Trend. 2006 wurden im Vergleich zu 2001 rund 11 % weniger Frauen gewählt. Zum ersten Mal seit 1986 lag der Anteil der gewählten Frauen im Bezirk Sense somit unter dem kantonalen Durchschnitt.

Auch im Wahlkreis See sank der Kandidatinnenanteil leicht und pendelte sich für die zwei folgenden Wahlen bei rund 34,5 % ein. Der Anteil der gewählten Frauen schwankte in derselben Periode jedoch stark. Er fiel von 33,3 % (1996) auf 25 % (2001), um dann erneut auf 38,5 % (2006) zu steigen. Der Kandidatinnenanteil scheint auch hier nicht die alleinige Ursache für die grossen Unterschiede zu sein.

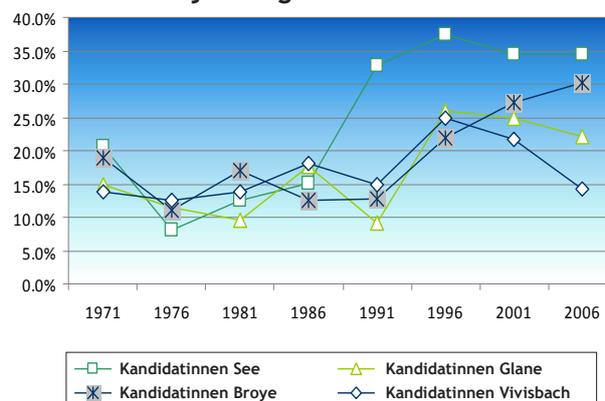
Im kantonalen Durchschnitt von rund 30 % Kandidatinnen liegen die Bezirke Saane-Land, Greyerz und Broye. Der Anteil der gewählten Frauen war jedoch unterschiedlich. So lag er im Bezirk Saane-Land seit 1996 über dem kantonalen Schnitt, während er in Greyerz (Ausnahme 2006, rund 4 % über dem Schnitt) und Broye (Ausnahme 2001, im kantonalen Schnitt) stark darunter lag.

Im Wahlkreis Glane lag der Anteil der Kandidatinnen und in noch stärkerem Ausmass der Anteil der gewählten Frauen unter dem kantonalen Durchschnitt.

**Grossratswahlen:  
Anteil der Kandidatinnen im  
Verhältnis zum Total der Kandidierenden im  
jeweiligen Bezirk I**



**Grossratswahlen:  
Anteil der Kandidatinnen im  
Verhältnis zum Total der Kandidierenden im  
jeweiligen Bezirk II**



*Grafik 12 und 13  
«Anteil der Kandidatinnen für den Grossen Rat des Kantons Freiburg im Verhältnis  
zum Total der Kandidierenden des jeweiligen Wahlkreises 1971 - 2006»*

Entsprechend unterschiedlich fielen in den jeweiligen Bezirken die Chancen der Frauen aus, gewählt zu werden<sup>17</sup>. Wahlchancen über 100 erreichten die Frauen in Vivisbach seit anfangs der neunziger Jahre (114 bis 233). Hier hatten die Frauen bis zu 3 Mal grössere Chancen als die Männer gewählt zu werden. Dies lag einerseits am sehr geringen Kandidatinnenanteil, andererseits an der im kantonalen Vergleich überdurchschnittlichen Quote der gewählten Frauen.

Werte über 100, also bessere Wahlchancen als die männlichen Mitbewerber, erreichten seit anfangs der neunziger Jahre nur die Frauen im Bezirk Saane-Land (1996: 105, 2001: 137), im Bezirk See (2006: 112), und im Bezirk Sense (2001: 101). Besonders schlecht standen die Chancen für die Frauen im Bezirk Stadt Freiburg und Glane, gefolgt von Greyerz und Broye.

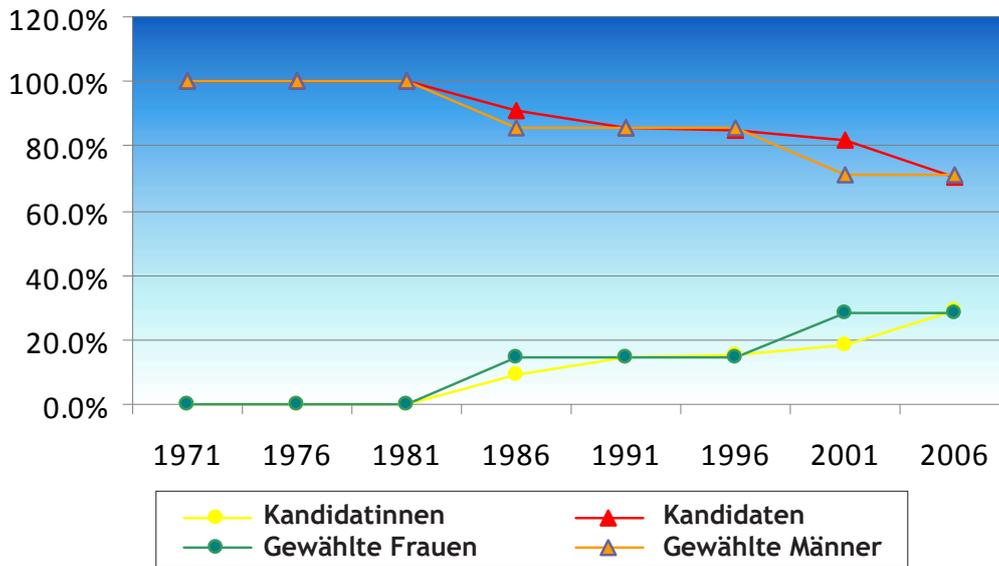
#### 4.2.2 Staatsrat

Der Staatsrat des Kantons Freiburg, die kantonale Exekutive, besteht aus sieben Mitgliedern. Zum ersten Mal hatte sich 1986 eine Frau um einen Posten als Staatsrätin beworben, was dazumal einem Kandidatinnenanteil von 9,1 % entsprach. In der Folge stieg der Anteil der Kandidatinnen langsam an. 2006 waren 33 % der Kandidierenden Frauen. Die erste Frau wurde ebenfalls 1986 gewählt, was einem Frauenanteil im Staatsrat von 14,3 % entsprach. Auch während der zwei folgenden Staatsratswahlen wurde jeweils eine Frau gewählt. Danach verdoppelt sich die Anzahl der Frauen: Für 2001 und 2006 wurden jeweils zwei Frauen gewählt, was einem Frauenanteil von 28,6 % entspricht. Der nationale Durchschnitt der Frauenvertretung in den kantonalen Exekutiven liegt bei 21,2 %, also 7,4 % tiefer als im Kanton Freiburg<sup>18</sup>.

<sup>17</sup> Siehe Anhang 7.3.3 «Kantonale Legislativen, Grosser Rat des Kantons Freiburg»

<sup>18</sup> Siehe Anhang 7.3.4 «Kantonale Exekutiven, Staatsrat des Kantons Freiburg»

## Staatsratswahlen: Kandidierende und Gewählte



Grafik 14

«Anteil der Freiburger Kandidatinnen und Kandidaten sowie der gewählten Frauen und Männer für den Staatsrat des Kantons Freiburg 1971 - 2006»

### 4.3 Vertretung auf kommunaler Ebene

Auf kommunaler Ebene übt der Gemeinderat, welcher von der Bevölkerung der Gemeinde gewählt wird, die exekutive Gewalt aus. Die Grösse des Gemeinderats kann von Gemeinde zu Gemeinde variieren und bewegt sich meistens zwischen 5 und 9 Mitgliedern. Während es in jeder Gemeinde einen Gemeinderat gibt, wird die legislative Gewalt je nach Grösse der Gemeinde von einem Parlament oder der Gemeindeversammlung ausgeübt.

Daten zur Frauenvertretung auf Gemeindeebene werden nicht umfassend und zentral gesammelt. Das folgende Kapitel stellt daher eine Auswahl von Gemeinden und Bezirken für den Kanton Freiburg vor, für welche dem BGF Zahlen zur Frauenvertretung vorliegen.

#### 4.3.1 Kommunale Exekutiven

Eine Übersicht über die 2009 amtierenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte im Kanton Freiburg zeigt, dass Frauen auch auf Gemeindeebene untervertreten sind. 24,5 % der Gewählten in den Gemeinden sind Frauen gegenüber 75,5 % Männern. Zudem fällt auf, dass gewählte Frauen am häufigsten in der Funktion der Gemeinderätin anzutreffen sind und am seltensten als Gemeindepräsidentin.

#### Entwicklung der Frauenvertretung in den Bezirken

Der Anteil der gewählten Frauen unterscheidet sich nach Wahlkreis. Dem BGF liegen Zahlen zu den Bezirken Greyerz, Glane und Vivisbach vor, welche nachfolgend kurz vorgestellt werden.

In sämtlichen drei Bezirken lag der Anteil der Frauen 2006 unter dem kantonalen Durchschnitt von 24,2 %. Der Bezirk Greyerz unterschritt den kantonalen Schnitt mit 19 % am klarsten. Zugleich war dies der höchste Anteil gewählter Frauen in die Gemeinderäte des Greyerzbezirk. Der Frauenanteil war seit Mitte der achtziger Jahre (zuvor liegen dem BGF keine Zahlen vor) kontinuierlich von anfänglich 8,6 % auf besagte 19 % gestiegen.

Mit 19,8 % liegt der Anteil der in die Gemeinderäte gewählten Frauen im Vivisbachbezirk nur leicht höher. Hier entwickelte sich der Anteil der Frauen jedoch weniger linear: Seit Mitte der neunziger Jahre wurden jeweils zwischen 21 % und 25 % Frauen gewählt. 2006 sank der Anteil der Frauen jedoch um 4,6 %.

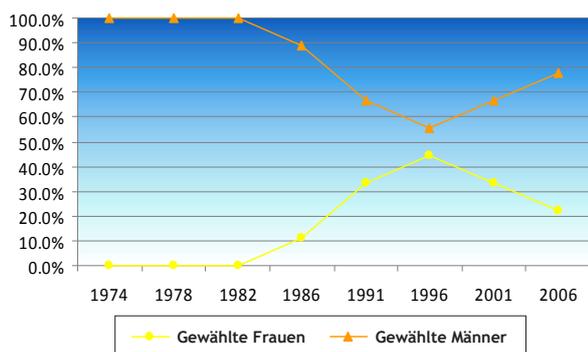
Der Glanebezirk liegt mit 23,2 % Frauen in den Gemeinderäten am nächsten am kantonalen Durchschnitt. Zugleich ist dies der Höchstwert des Bezirks und das erste Mal, dass die 20 %-Marke erreicht wurde. 2001 lag der Frauenanteil in den Gemeinderäten des Glanebezirks noch bei 16,2 %. Der Anteil war seit 1971 konstant angestiegen, überschritt aber erst anfangs der Neunziger die 10 %-Marke.

Obwohl für die anderen Bezirke keine Daten vorliegen, müssen diese teilweise über dem kantonalen Durchschnitt liegen. Es scheint also ähnlich wie bei den Grossratswahlen klare Unterschiede zwischen den Bezirken zu geben, was die Vertretung der Frauen angeht.

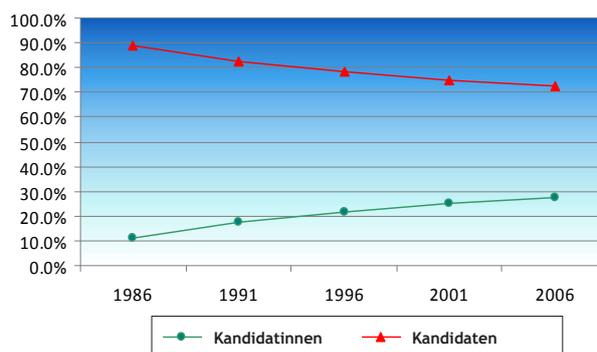
### Entwicklung der Frauenvertretung in den Gemeinden

Auch in den einzelnen Gemeinden wurden Frauen unterschiedlich häufig in den Gemeinderat gewählt. Am besten schnitten die Frauen in Châtel-St-Denis, im Wahlkreis Vivisbach, bei den Gemeinderatswahlen 1996 ab: 44,4 % der Gewählten waren Frauen, was vier von neun Gemeinderäten entspricht. In der Folge sank der Frauenanteil jedoch wieder, bis 2006 nur noch zwei Frauen, respektive 22,2 %, gewählt wurden. Der Anteil der Kandidatinnen nahm hingegen seit 1986 stetig und linear zu. 2006 betrug er 27,3 %.

**Gemeinderatswahlen Châtel-St-Denis:  
Anteil der gewählten Frauen und Männer**

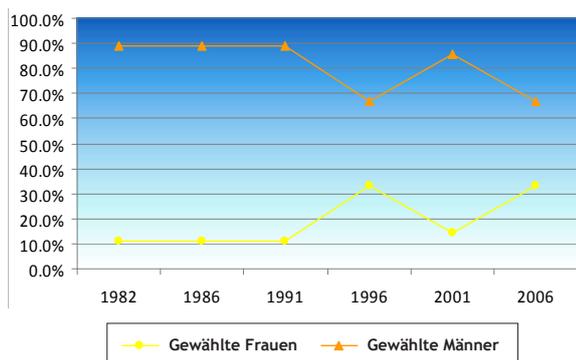


**Gemeinderatswahlen Châtel-St-Denis:  
Anteil der Kandidatinnen und Kandidaten**



*Grafik 15 und 16  
«Anteil der gewählten Frauen und Männer sowie der Kandidatinnen und Kandidaten bei  
den Gemeinderatswahlen für Châtel St. Denis 1986 - 2006»*

### Gemeinderatswahlen Stadt Freiburg: Anteil der gewählten Frauen und Männer

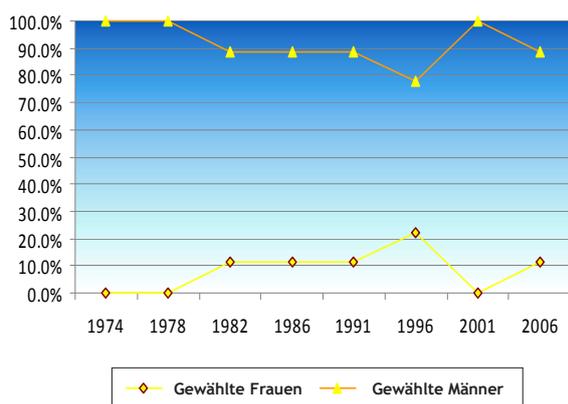


Grafik 17  
«Anteil der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in Freiburg 1982 - 2006»

Der zweithöchste Frauenanteil wurde bei den Gemeinderatswahlen 2006 in der Stadt Freiburg erzielt: Es wurden 40 % Frauen gewählt, was zwei Gemeinderätinnen entsprach. 1996 wurde sogar eine Frau mehr gewählt, weil es damals jedoch noch neun Mandate zu gewinnen gab<sup>19</sup>, entsprach dies nur einem Drittel der Gewählten. Für alle anderen Legislaturperioden seit 1982 wurde jeweils eine Frau in den Gemeinderat gewählt.

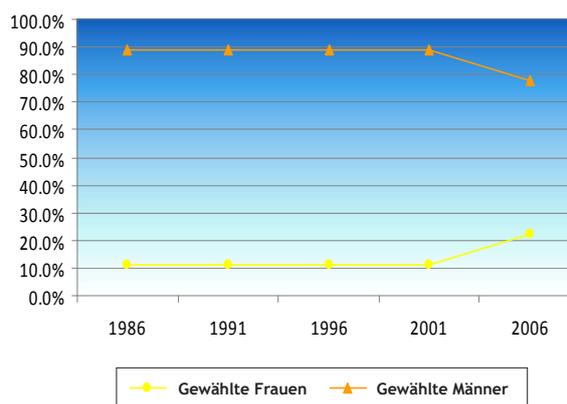
In der Gemeinde Tafers wurden 1996 am meisten Frauen gewählt, nämlich zwei. Da der Gemeinderat aus neun Mitgliedern besteht, entspricht dies 22,2 %. Mit Ausnahme der Jahre 1974, 1978 und 2001, in welchen keine Frau Einzug in den Gemeinderat hielt, wurde jeweils eine Gemeinderätin gewählt.

### Gemeinderatswahlen Tafers: Anteil der gewählten Frauen und Männer



Grafik 18  
«Anteil der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in Tafers 1971 - 2006»

### Gemeinderatswahlen Bulle: Anteil der gewählten Frauen und Männer



Grafik 19  
«Anteil der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in Bulle 1986 - 2006»

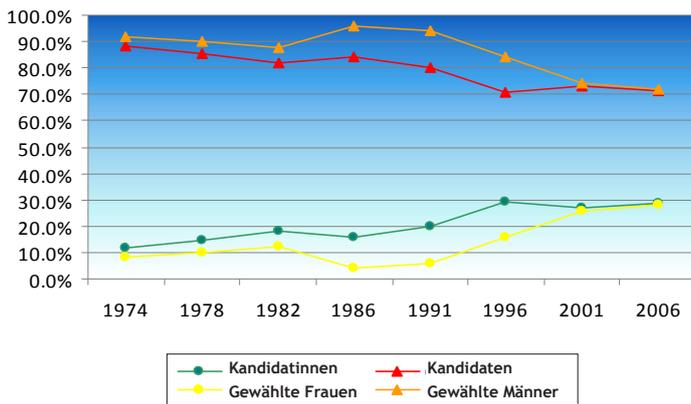
Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Gemeinde Bulle im Wahlkreis Greyerz. 2006 wurden zwei Frauen gewählt, was bei neun Mitgliedern des Gemeinderates ebenfalls einem Frauenanteil von 22,2 % entspricht. Dies war das erste Mal, dass zwei Frauen gewählt wurden. Zuvor hatte jeweils eine Frau Einzug in den Gemeinderat von Bulle gehalten, was einem Frauenanteil von 11,1 % entspricht und seit 1991 unter dem Durchschnitt des Bezirks lag.

### 4.3.2 Parlamente der Gemeinden

Nicht alle Gemeinden wählen ein Parlament. Besonders in kleineren und mittleren Gemeinden werden legislative Aufgaben direkt von der Gemeindeversammlung, also den Einwohnern mit Stimm- und Wahlrecht in der Gemeinde, wahrgenommen. Dem BGF liegen nur für Châtel St. Denis, Bulle und die Stadt Freiburg Zahlen zur Frauenvertretung im städtischen Parlament vor.

<sup>19</sup> Per 2001 wurde die Sitzzahl im Gemeinderat der Stadt Freiburg von zuvor neun auf fünf gesenkt.

### Generalratswahlen Châtel-St-Denis: Anteil der Kandidierenden und Gewählten



Grafik 20

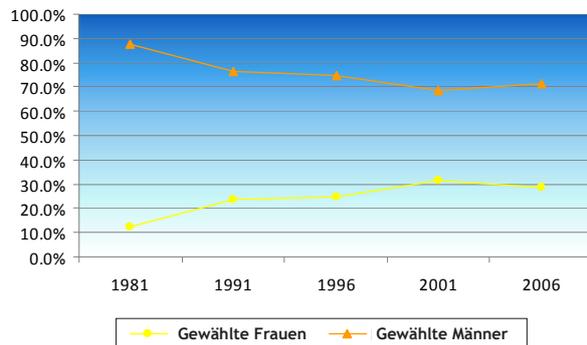
«Anteil der in den Generalrat von Châtel-St-Denis gewählten Frauen und Männer 1974- 2006»

der neunziger Jahre, nachdem er 1986 mit 4 % einen Tiefpunkt erreicht hatte, stark anstieg. Zugleich stieg auch der Anteil an Kandidatinnen. 2006 entsprach der Anteil der Kandidatinnen dem Anteil der Gewählten, was einer Wahlquote von 100 entspricht. Die Frauen hatten also die gleichen Chancen gewählt zu werden wie ihre männlichen Mitstreiter.

Im Generalrat der Stadt Freiburg sassen nach den Wahlen 2006 sogar 32,1 % Frauen. Der Frauenanteil im Parlament war seit anfangs der Achtzigerjahre stetig gestiegen. 1996 waren bereits ein Viertel der Delegierten Frauen. Dieser Frauenanteil steht im Kontrast zum Anteil gewählter Grossrätinnen im Bezirk Stadt Freiburg, welcher 2006 zum ersten Mal seit 1981 wieder die 20 %-Marke erreichte.

Es scheint, als würden die Wählenden einen unterschied machen, ob Frauen für das städtische Parlament oder den Grossen Rat kandidieren.

### Generalratswahlen Stadt Freiburg: Anteil Gewählter

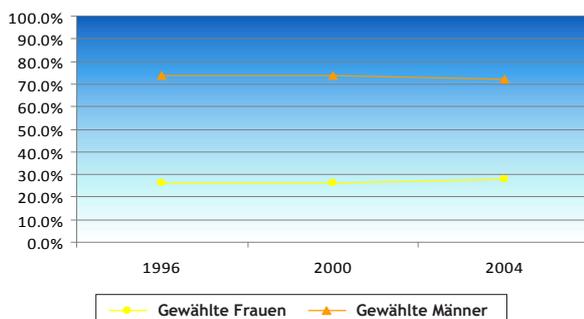


Grafik 21

«Anteil der in den Freiburger Generalrat gewählten Frauen und Männer 1981 - 2006»

Für den Generalrat der Gemeinde Bulle liegen dem BGF nur Zahlen seit Mitte der Neunzigerjahre vor. In dieser Zeit bewegte sich der Anteil der gewählten Frauen zwischen 26 % und 28 %. Dies entspricht für 2006 ungefähr dem Anteil Frauen, welche der Bezirk Greyerz in die kantonale Legislative wählte. 1996 und 2001 wurden jedoch klar mehr Frauen in den Generalrat von Bulle gewählt als von den Greyerzern in den Grossen Rat.

### Generalratswahlen Bulle: Anteil Gewählter



Grafik 22

«Anteil der in den Generalrat von Bulle gewählten Frauen und Männer 1996 - 2004»

Der Frauenanteil in den Gemeindeparlamenten liegt zumindest für die drei oben genannten Beispiele jeweils bei rund 30 %. Unterschiedlich fällt jedoch der Vergleich mit den Wahlen in die kantonalen Legislativen aus. In der Stadt Freiburg werden klar mehr Frauen in die kommunale Legislative gewählt, in Châtel-St-Denis werden weniger Frauen in die kommunale Legislative gewählt als vom Bezirk in den Grossen Rat gewählt werden. In Bulle wurden 2006 ungefähr gleichviel Frauen in die kommunale Legislative gewählt wie der Bezirk in den Grossen Rat wählte. Zuvor wurden aber mehr Frauen in die kommunale Legislative gewählt.

## 4.4 Fazit

Die Entwicklung des Kandidatinnenanteils auf Freiburger Wahllisten verlief für sämtliche Institutionen sehr ähnlich und bewegt sich ungefähr im Mittel der Schweiz. Je nach Institution erreichte der Anteil der Frauen seit Beginn oder Mitte der Neunzigerjahre rund 20 %. In den folgenden zehn bis fünfzehn Jahren erhöhte sich der Anteil der Kandidatinnen noch einmal um rund 10 %. Bei den letzten Wahlen waren also rund ein Drittel der Kandidierenden auf den nationalen, kantonalen oder kommunalen Wahllisten (soweit bekannt) Frauen.

Eine Ausnahme bildet der Ständerat. Hier ist die Nomination die eigentliche Hürde, da pro Partei normalerweise nur eine Person vorgeschlagen wird. Eine Hürde, welche die Freiburgerinnen bisher nur in zwei Wahljahren genommen haben, ohne jedoch gewählt zu werden.

Auch bei den Wahlen in andere Institutionen zeigt sich, dass der Anteil der Frauen auf den Listen nicht zwingend etwas über deren Wahlchancen aussagt. Diese können durch schlechte Platzierungen auf der Liste oder durch ungenügende Bekanntheit der Kandidatinnen sinken. Zugleich können die Wählenden korrigierend auch auf gute Platzierungen der Kandidatinnen einwirken und Frauen von den Listen streichen oder auf die hinteren Ränge verweisen.

Beispiele für im Vergleich durchschnittliche oder hohe Kandidatinnenanteile aber einen tiefen Prozentsatz gewählter Frauen sind die Listen der CVP und des Bezirks Stadt Freiburg bei den letzten Grossratswahlen. Aber auch der umgekehrte Fall existiert. So war der Kandidatinnenanteil bei der FDP und im Wahlkreis Vivisbach für die Grossratswahlen vergleichsweise eher tief, der Anteil der gewählten Frauen jedoch überdurchschnittlich. Ein hoher Kandidatinnenanteil allein reicht also nicht aus, um die Vertretung der Frauen zu fördern.

Je grösser der Konkurrenzdruck, also je weniger Mandate zu gewinnen waren, desto seltener wurden Freiburgerinnen gewählt, wie die Wahlen für den National- und Ständerat und die Wahlen in die kommunalen Exekutiven zeigen. Auch die Mandatsverkürzung im Grossen Rat ging zulasten der Frauen. Es scheint also, dass mit steigendem Prestige eines Mandats die Wahlchancen der Frauen sinken. Umgekehrt steigen die Chancen der Kandidatinnen mit steigender Anzahl Mandate und einem vergleichsweise tieferen Prestige einer Institution. So wurden zwischen 28 % und 32 % Frauen in die Generalräte von Châtel-St-Denis, Bulle und der Stadt Freiburg gewählt, während auf kantonaler Ebene im Parlament nur 23,6 % der Gewählten Frauen waren. Eine Ausnahme ist hier die kantonale Exekutive mit einem Frauenanteil von 28,6 % während der Anteil der in die Gemeinderäte gewählten Frauen nur 24,2 % betrug.

Besonders detaillierte Zahlen liegen für die Grossratswahlen vor. Hier zeigt sich, dass vor allem die einen grossen Aufholbedarf aufweisen, was die Vertretung der Frauen betrifft. Das grösste Potential liegt bei der CVP, der mit Abstand wählerstärksten Partei bei den Grossratswahlen im Kanton Freiburg. Sie gewann 2006 33,6 % der Gesamtmandate, aber nur gerade 16,2 % der Gewählten der CVP waren Frauen, was 7,4 % unter dem kantonalen Schnitt von 23,6 % liegt und 6 gewählten Frauen entspricht. Läge der Anteil der gewählten Frauen im kantonalen Schnitt, entspräche dies 9 Frauen. Dies allein würde die Frauenvertretung um rund 3 % erhöhen.

Bei der SVP machten die Frauen nur gerade 11,1 % der Gewählten aus, während die Partei immerhin 16,4 % der Mandate gewann. Bei der FDP sieht es ein bisschen besser aus. Hier waren immerhin 26,3 % Frauen bei 17,3 % der Gesamtmandate.

Starke Unterschiede existieren nicht nur zwischen den verschiedenen politischen Parteien sondern auch zwischen den verschiedenen Wahlkreisen. Es scheint, dass die Wählenden je nach Region mehr oder weniger geneigt sind, Frauen zu wählen. Dies kann aber auch mit den Kandidatinnen und deren Bekanntheit zusammenhängen. Hier sind wiederum die politischen Parteien gefordert. Es reicht nicht, Frauen kurz vor der Listeneingabe für eine Kandidatur zu «überreden». Viel mehr müssten die Kandidatinnen bis zu zwei Jahre vor der Wahl gefunden und gezielt aufgebaut werden, um die Vertretung der Frauen tatsächlich zu erhöhen.

Wie aber gehen die politischen Parteien des Kantons Freiburg heute tatsächlich bei der Rekrutierung und Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten vor? Wie schätzen sie sich, was die Vertretung der Frauen angeht, selbst ein? Und was unternehmen sie, um den Anteil der Frauen in den nationalen, kantonalen und kommunalen Institutionen zu erhöhen? Im nächsten Kapitel wird auf diese Fragen im Detail eingegangen.

## 5. Die Strategie der politischen Parteien zur Frauenförderung

Am Ende liegt die Macht beim Wahlvolk. Im Schweizer System hat es besonders viele Möglichkeiten, seinen Präferenzen Ausdruck zu verleihen. Die Wählenden können auf einem vorgedruckten Wahlzettel Namen von Kandidatinnen oder Kandidaten streichen und an deren Stelle Namen aus anderen Listen desselben Wahlkreises eintragen (panaschieren) oder den Namen einer Kandidatin oder eines Kandidaten zweimal auf dem Wahlzettel eintragen (kumulieren). Es steht ihnen aber auch offen, Kandidatinnen und Kandidaten einer vorgedruckten Liste zu streichen ohne sie zu ersetzen oder eine völlig eigene Liste zu erstellen.

Trotz dieser grossen Freiheit der Wählenden spielen die politischen Parteien eine wichtige Rolle. Hier werden vor der Wahl Kandidierende gesucht, nominiert und die Platzierung der Kandidierenden festgelegt. Besonders die Reihenfolge der Kandidierenden auf den Wahllisten wird von den Wählenden oft als Empfehlung der Partei verstanden und kann so die Wahl beeinflussen. Zudem besitzen die Parteien vielfältige Möglichkeiten, ihre Kandidierenden vor der Wahl bei einem grossen Publikum bekannt zu machen und sie beim Wahlkampf zu unterstützen.

In der Schweiz sind üblicherweise die kantonalen Sektionen der Parteien für die eidgenössischen und kantonalen Wahlen verantwortlich. Der Kanton Freiburg bildet hier keine Ausnahme. Die Verantwortung für die kommunalen Wahlen wird in den meisten Fällen, wenn vorhanden, lokalen Sektionen der Partei übertragen.

Das BGF hat daher eine Umfrage bei den Freiburger Sektionen der politischen Parteien durchgeführt, um mehr über die Rekrutierung und Nominierung der Kandidierenden zu erfahren und herauszufinden, inwiefern das Vorgehen der Wahl von Frauen förderlich oder hinderlich ist. Auf die Umfrage haben CVP, SP, SVP, Grüne und CSP geantwortet<sup>20</sup>.

### 5.1 Rekrutierung der Kandidierenden

Die verschiedenen Parteien rekrutieren ihre Kandidierenden auf sehr ähnliche Weise, jedoch unterscheidet sich die Suche je nach politischer Institution.

Für die Wahlen in den National- und Ständerat gelten die strengsten Regeln. Die Kandidierenden werden von den Parteien aktiv gesucht und müssen spätestens vor der Wahl der Partei beitreten, so die Präsidentinnen und Präsidenten der Parteien. Mögliche Kandidierende werden vor allem unter den aktiven Parteimitgliedern und den in kantonalen und kommunalen Institutionen Gewählten gesucht, präzisiert Marc Antoine Messer, Präsident der Grünen.

Für die kantonalen Wahlen kommt es vor, dass sich Interessierte selbst bei der Partei melden, wie die Präsidenten der Grünen und der CSP angeben. Allerdings sei dies eher selten. Daher suchen die Parteien auch hier aktiv nach Kandidierenden, eine Suche, die teilweise den regionalen Sektionen der Parteien übertragen wird. Die CSP bezieht ihre Parteimitglieder in die Suche mit ein, welche angehalten sind, geeignete Personen vorzuschlagen, so der Präsident Philippe Wandler. Bei der CVP, den Grünen und der CSP müssen mögliche Kandidierende nicht der Partei angehören, sollten in der Folge aber Parteimitglieder werden. Bei der SVP und der SP hingegen ist es erwünscht, dass die Kandidierenden der Partei angehören.

«[Wir ermuntern die Frauen] sich für offene Posten zu bewerben.»

*Emanuel Waeber, Präsident der CVP.*

<sup>20</sup> Der Fragebogen wurde an folgende Parteien versendet: CVP, SP, FDP, SVP, CSP, Grüne, und «Mouvement pour le socialisme»

Für Gemeindewahlen gibt es eher spontane Kandidaturen, wie die CVP, die Grünen und die CSP angeben. Aber auch hier müssen die Parteien aktiv nach möglichen Kandidierenden suchen, eine Aufgabe, die den regionalen Sektionen übertragen wird. David Bonny, Präsident der SP, präzisiert, dass es je nach Gemeinde schwierig sein könne, interessierte Personen zu finden. Eine Partei, die organisiert sei wie die SP, habe es hier leichter, da sie auch auf Parteimitglieder zurückgreifen könne. Die Parteien sind allgemein weniger strikt was die Parteizugehörigkeit der Kandidierenden betrifft. So ist es bei den Grünen beispielsweise weder vor noch nach der Wahl notwendig, der Partei beizutreten. Es werde lediglich ein gewisses Einverständnis mit dem Parteiprogramm vorausgesetzt, so der Präsident der CSP. Die SP und die SVP hingegen verlangen auch auf Gemeindeebene, dass Kandidierende der Partei angehören.

**«Wir achten darauf, genügend Frauen, aber auch Junge und neue Köpfe auf unseren Listen zu haben.»**

*Philippe Wandeler, Präsident der CSP.*

Die Parteien spielen also bei der Rekrutierung auf allen Ebenen eine aktive Rolle und gehen auf mögliche Kandidierende zu. Dies gilt für die Gemeindewahlen und in jeweils grösserem Ausmass für die kantonalen und nationalen Wahlen. Die Parteien haben es also auch in der Hand, aktiv nach möglichen Kandidatinnen zu suchen und somit für mehr Frauen auf den Listen zu sorgen. Aller-

dings hängt dies zu einem gewissen Grad auch vom Interesse der Frauen für eine Kandidatur ab. Dass Frauen per se kein Interesse haben, scheint jedoch nicht den Tatsachen zu entsprechen, da gewisse Parteien durchaus in der Lage sind, einen hohen Anteil an Kandidatinnen auf ihren Listen zu präsentieren, insbesondere die SP.

Allerdings gibt es für die Ausübung eines politischen Mandats für Frauen Hindernisse, die für Männer nicht oder in geringerem Ausmass bestehen. Mehr zu den spezifischen Hindernissen und Empfehlungen, wie diese überwunden werden können, im Kapitel 6.

## 5.2 Nominierung der Kandidierenden

Auch die Nominationsverfahren der Parteien ähneln sich untereinander. Für die nationalen und kantonalen Wahlen macht der Parteivorstand in der Regel einen Vorschlag zuhanden der Generalversammlung, welche dann entscheidet. Je nach dem kommen die Vorschläge zuerst von den lokalen Sektionen, sofern diese für die Rekrutierung (mit-) verantwortlich sind (siehe 5.1). Bei den Gemeindewahlen sind normalerweise die lokalen Sektionen zuständig, sofern es solche gibt. Bei den Grünen übernimmt der kantonale Parteivorstand die Nomination und bei der CSP werden die Kandidierenden für die Gemeindewahlen durch die Generalversammlung nominiert.

**«[Die Frauen] werden auch kontaktiert und ermuntert, sich in der Politik zu engagieren. Auf der Ebene der SVP-Westschweiz werden Vorgehensweisen für die Verbesserung der Frauenvertretung unternommen werden.»**

*Gilberte Demont, Präsidentin der SVP.*

2011 finden die Gemeindewahlen (20. März), die eidgenössischen Wahlen (23. Oktober) und die kantonalen Wahlen (13. November) im selben Jahr statt. Der Zeitpunkt der Nomination und somit die Zeitspanne, welche Kandidierenden zur Verfügung steht, um aktiven Wahlkampf zu betreiben, variiert jedoch von Partei zu Partei. Die Grünen nominieren ihre Kandidierenden für die nationalen und kantonalen Wahlen Ende Frühling 2011, die CVP im Juli 2011, wie der Präsident Emanuel Waeber erklärt. Die CSP nominiert die Kandidierenden für die nationalen Wahlen zwei Monate, für die kantonalen und kommunalen Wahlen zwei Wochen vor Ablauf der Frist für die Listeneingabe. Bei der SVP und der SP steht noch nicht fest, wann die Generalversammlung für die Nomination stattfinden wird.

Insgesamt werden die Kandidierenden erst relativ spät vor den Wahlen nominiert. Letzteren bleibt also nur eine kurze Zeitspanne, um als offizielle Kandidatin oder offizieller Kandidat Wahlkampf zu

betreiben. Dies bedeutet, dass Kandidierende bereits einen gewissen Bekanntheitsgrad durch andere Ämter inner- und ausserhalb der Partei aufweisen müssen, um echte Wahlchancen zu haben. Besonders wenn die Partei kurz vor der Nomination noch Kandidatinnen sucht, um eine ausgeglichene Liste präsentieren zu können, haben diese wenig reale Wahlchancen. Vielmehr müssten neue Kandidierende, im Speziellen Frauen, bis zu zwei Jahre vor der Wahl gesucht und in der Folge aufgebaut werden, damit sie einem breiten Publikum bekannt sind und sie echte Wahlchancen haben.

### 5.3 Platzierung der Kandidierenden

Die CVP, die CSP, die SVP und die SP platzieren ihre Kandidierenden nach eigenen Angaben in alphabetischer Reihenfolge. Dies gilt sowohl für die nationalen wie für die kantonalen Wahlen. Gilberte Demont, Präsidentin der SVP, gibt jedoch an, dass eine alphabetische Reihenfolge zwar wahrscheinlich, aber noch nicht definitiv entschieden ist. Die SP gibt an, dass sie je nach Anzahl Kandidierender bei den kantonalen Wahlen die Bisherigen auf die vordersten Plätze der Liste setzen wird. Auch die Grünen geben an, dass dieses Vorgehen allgemein der Praxis entspricht. Da die Partei jedoch keine Bisherigen bei den nationalen Wahlen vorweisen kann, stellt sich diese Frage nur für die kantonalen Wahlen. Falls es genug Kandidierende gibt, fassen die Grünen die Möglichkeit von nach Geschlechtern getrennten Listen ins Auge. Bei den letzten Wahlen seien die Listen nach dem Reisverschlussprinzip, also abwechslungsweise eine Frau und ein Mann, erstellt worden, wobei die Grünen ihre Listen gerne mit einer Kandidatin beginnen würden.

«Die Grünen haben sich seit jeher für die Vertretung der Frauen engagiert, jedoch ohne klar definierte Strategie. Wir haben keine schriftlichen Regeln, auch wird die Parität in den Statuten nicht erwähnt. Es ist an der Generalversammlung, eine Strategie zu definieren.»

Marc Antoine Messer, Präsident der Grünen.

Die Reihenfolge der Kandidierenden kann durchaus einen Einfluss auf die Wahlchancen Letzterer haben, insbesondere wenn die Wählenden die Reihenfolge als Empfehlung der Partei verstehen. Zudem wird je nach Wahl ein bestimmter Anteil der Listen unverändert eingeworfen, womit die von der Partei vorgeschlagene Reihenfolge zum Tragen kommt. Welche Art der Platzierung den Frauen am meisten hilft, ist nicht eindeutig bewiesen. Hier kommt es stark auf die Wählenden an.

Gerade auch geschlechtergetrennte Listen sind nicht über jeden Zweifel erhaben. Ob solche Listen den Frauen nützen, kommt stark auf die konkrete Situation an<sup>21</sup>. Die Partei muss sich im Vorfeld eines solchen Entscheids fragen, welche bisherigen Männer und Frauen erneut antreten, welche in der nächsten Legislaturperiode zurücktreten möchten und ob neue Spitzenkandidierende zu erwarten sind.

Das Instrument der geschlechtergetrennten Liste hat ein eher rot-grünes Image. Besonders bei bürgerlichen Parteien ist der Erfolg solcher Listen ambivalent<sup>22</sup>. Doch gerade die bürgerlichen Parteien haben noch grossen Aufholbedarf bei der Frauenvertretung, wie das vorangegangene Kapitel gezeigt hat. Wichtiger als die Platzierung scheint daher der gezielte Aufbau von Kandidatinnen<sup>23</sup>. Mehr dazu im Kapitel 6.

<sup>21</sup> W. Seitz: Über geschlechtergetrennte Wahllisten: «Welche Liste bringt's für Frauen? Analysen und Vorschläge für die Nationalratswahlen 2007», in links.ch, 2006

<sup>22</sup> W. Seitz: «Analyse der Ergebnisse der Volksabstimmung über die «Quoteninitiative» und der Wirksamkeit der Frauenlisten bei den Nationalratswahlen 1987-1999», Referat Eidg. Frauenkommission, 2000

<sup>23</sup> W. Seitz: Über geschlechtergetrennte Wahllisten: «Welche Liste bringt's für Frauen? Analysen und Vorschläge für die Nationalratswahlen 2007».

## 5.4 Unterstützung während des Wahlkampfes

Die Parteien haben unterschiedliche Instrumente, um ihre Kandidierenden aufzubauen und zu unterstützen.

Alle befragten Parteien bieten Kandidierenden bei den nationalen Wahlen die Möglichkeit an, sich in öffentlichen Reden und Rhetorik zu üben, bei der CVP, der SVP und der SP können auch Kandidierende für kantonale Institutionen von einem solchen Training profitieren. Die CVP, die CSP und die SP sind darüber hinaus bemüht, den Kandidierenden öffentliche Auftritte und Medienpräsenz zu ermöglichen. Auch Diskussionsforen, in welchen sich die Kandidierenden einem Publikum präsentieren können, werden laut CVP, SVP und SP angeboten. Die SVP benützt hierfür die Generalversammlung der Partei. Zudem können sich Kandidierende für die nationalen Wahlen auf der Parteiwebseite präsentieren. Die SP organisiert je nach Medienanfragen Auftritte für Kandidierende in Diskussionsforen und überlässt es den lokalen Sektionen, Aktionen für ihre Kandidierenden durchzuführen. Die CSP organisiert solche Foren nur für Kandidierende der kantonalen Wahlen.

«Wir suchen eine gerechte Durchmischung der Kandidierenden und ein geografisches Gleichgewicht der Herkunft der Kandidierenden.»

David Bonny, Präsident der SP.

Im Allgemeinen werden neue Kandidierende nicht anders unterstützt als Bisherige. Der Präsident der SP präzisiert hierzu, dass neue Kandidierende jedoch von einem zusätzlichen Coaching profitieren können, wenn sie dies wünschen. Auch die CSP gibt an, dass neue Kandidierende besonders unterstützt werden.

## 5.5 Frauenförderung

Die Parteien wurden auch zu ihrer Strategie betreffend die Frauenförderung befragt. Die Antworten fielen sehr unterschiedlich aus.

Die CVP gab lediglich an, die Frauen zu ermutigen für offene Posten zu kandidieren.

Die Grünen gaben an, keine eigentliche Strategie für die Frauenförderung zu besitzen, dass der Partei die Vertretung der Frauen jedoch seit jeher am Herzen liege. Die Partei achte daher darauf, dass Frauen und Männer gleichermassen auf den Wahllisten vertreten seien. Oft würden Frauen aber auch erst in letzter Minute gesucht, um die Listen noch zu korrigieren und einen ansprechenden Anteil Frauen präsentieren zu können.

Auch die CSP wacht über eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen und Männern auf ihren Listen und betont, dass die Frauen auf ihren Listen im Allgemeinen sehr gute Wahlchancen hätten.

Die SVP kontaktiert und ermutigt Frauen, sich politisch zu engagieren. Ausserdem würden auf Ebene der *SVP-Suisse Romande* Vorgehensweisen zu einer besseren Frauenvertretung umgesetzt.

Die SP unterstreicht insbesondere die Erfolge ihrer Strategie, ohne jedoch Letztere genauer zu bezeichnen. So seien bereits drei SP-Frauen Präsidentinnen des Grossen Rats gewesen oder noch im Amt. Auch an der Parteispitze sei während sechs Jahren eine Frau gewesen.

## 5.6 *Fazit*

Die verschiedenen Antworten lassen erahnen, dass die Vertretung der Frauen in den einzelnen Parteien ein mehr oder weniger wichtiges Thema ist. Eine klare Strategie zur Frauenförderung scheint aber laut diesen Aussagen in keiner Partei vorhanden zu sein oder wollte nicht verraten werden.

Wahrscheinlich scheint, dass zwar keine Partei grundsätzlich gegen eine ausgeglichene Frauenvertretung ist, es aber wenig klare Vorstellungen darüber gibt, wie dies erreicht werden könnte und welche Rolle die politischen Parteien dabei spielen sollten. Schliesslich scheint das Thema nicht die notwendige Priorität innerhalb der politischen Parteien zu geniessen, was sich in den fehlenden Strategien zur Frauenförderung ausdrückt.

Im folgenden Kapitel werden Hindernisse für Kandidatinnen und Möglichkeiten aufgezeigt, wie diese überwunden und die Vertretung der Frauen gefördert werden können. Es wird auf die Rolle der politischen Parteien eingegangen, aber auch auf die Verantwortung der Kandidatinnen, ihres Umfelds und der Wählenden.

## 6. Empfehlungen

Wie der vorliegende Bericht zeigt, sind die Freiburgerinnen in eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Institutionen auch heute noch stark untervertreten. Das Thema ist den Parteien zwar nicht unbekannt, eine klare Strategie scheint jedoch nicht vorhanden zu sein. Doch wo genau liegt das Problem? Die eidgenössische Kommission für Frauenfragen fasst die wichtigsten Hürden nach Gesprächen mit Schweizer Politikerinnen aller Parteien folgendermassen zusammen<sup>24</sup>:

- Die Unterstützung von Kandidatinnen durch die Partei vor, während und nach dem Wahlkampf ist noch mangelhaft.
- Das Anforderungsprofil an Kandidierende entspricht einer typischen Männerbiographie. Die Erfahrungen und Kompetenzen, die sich Frauen erworben haben, werden nicht berücksichtigt oder unterbewertet.
- Politikerinnen sind dem Widerspruch ausgesetzt, entweder als schwach und inkompetent, oder als durchsetzungsfähig und damit als «unweiblich» zu gelten.
- Viele Kandidatinnen sind in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt, da die Parteien den Frauen zu wenige Möglichkeiten zur Profilierung bieten.
- Der Umgang mit den Medien ist für Politikerinnen oftmals schwieriger als für Politiker. Die Mehrheit der Medienschaffenden sind Männer und die Auswahl der als relevant definierten Themen erfolgt weitgehend aufgrund einer «männlichen» Optik. Auch in den Medien besteht ein Ungleichgewicht hinsichtlich der Verteilung von Macht- und Entscheidungspositionen zwischen Männern und Frauen.
- Die individuelle Bewältigung von Diskriminierungserfahrungen zehrt am Energiereservoir der Politikerinnen. Die hier vergeudeteten Energien lassen sich positiver nutzen.

Im Wahljahr 2011 werden im Kanton Freiburg sämtliche Mandate auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene neu verteilt. Eine einmalige Chance, den Frauen nach vierzig Jahren endlich den Platz in den politischen Institutionen zuzugestehen, welchen sie gemäss ihres Anteils an der Bevölkerung in einer gut funktionierenden Demokratie einnehmen sollten. Um dies zu erreichen, werden nachfolgend Empfehlungen für Kandidatinnen, ihr Umfeld, die politischen Parteien und die Wählenden aufgeführt.

### 6.1 Kandidatinnen

- **Trauen Sie sich!** Es braucht Mut, die objektiven und subjektiven Hürden auf dem Weg zu einem politischen Mandat in Angriff zu nehmen. Suchen Sie Unterstützung in Ihrem Umfeld, Ihrer Partei oder bei Politikerinnen, die bereits gewählt wurden.
- **Entscheiden Sie sich frühzeitig!** Lassen Sie sich nicht in letzter Minute zu einer Kandidatur überreden, sondern bekunden Sie frühzeitig Ihr Interesse. Nutzen Sie Kursangebote zum Thema Frauen und Politik und planen Sie Ihre Kandidatur und den Wahlkampf. Suchen und fordern Sie Unterstützung bei Ihrer Partei.
- **Machen Sie Werbung für sich!** Schaffen Sie sich frühzeitig ein solides Netzwerk in Ihrer Partei und nutzen Sie bestehende Kontakte und Netzwerke, welche Sie im Beruf oder im

<sup>24</sup> Eidgenössische Kommission für Frauenfragen, «Überparteiliches Manifest zu den eidgenössischen Wahlen 1999: «Mehr Frauen ins Parlament!», Bern, 1998

privaten Umfeld aufgebaut haben. Vergessen Sie nicht die Möglichkeiten, welche die neuen Kommunikationstechnologien Ihnen bei Aufbau und Pflege Ihres Netzwerks und beim Wahlkampf allgemein bieten.

- **Bilden Sie sich!** Nutzen Sie Kursangebote und Informationsveranstaltungen zum Thema Politik, Rhetorik, Wahlkampf, Frauen in der Politik, etc.

## 6.2 Parteien

Die eidgenössische Kommission für Frauenfragen veröffentlichte 2006 die zehn wichtigsten Tipps für politische Parteien, die mehr Frauen im Parlament wollen<sup>25</sup>. Diese Tipps können auch auf kantonale Institutionen und vom Prinzip her auf kommunale Wahlen angewandt werden.

- **Zielsetzung.** Die Parteispitze signalisiert klar und deutlich, dass sie eine paritätische Vertretung von Frauen und Männern auf allen Ebenen anstrebt, und beschliesst oder bekräftigt Massnahmen, um dieses wichtige Ziel zu erreichen. Dazu gehört, dass sie auch in den eigenen Parteigremien für Geschlechterparität sorgt. Ausserdem setzt sie auf Kontinuität, denn schnelle Erfolge ohne lange Aufbauarbeit sind selten. Hierzu gehört auch, dass Kandidatinnen mindestens zwei Jahre vor der Wahl gesucht und deren Kandidaturen gezielt unterstützt und aufgebaut werden (*Anm. BGF*).
- **Listenarchitektur.** Kandidierende Frauen gehören auf aussichtsreiche Plätze auf den Nationalratslisten, denn nur auf Spitzenplätzen haben sie eine echte Chance. Bei Listenverbindungen und separaten Listen (z. B. Frauenlisten) werden Chancen und Risiken für Frauenkandidaturen geprüft. Für den Ständerat werden gezielt Kandidatinnen nominiert, da für diese Wahl die Nomination die entscheidende Hürde ist.
- **Öffentlichkeit.** Frauen kommen bei Parteianlässen und öffentlichen Veranstaltungen mindestens so oft zum Zug wie Männer und sie äussern sich ausnahmslos zu allen Themen.
- **Medienpräsenz.** Die Kandidatinnen sind bei allen Medienereignissen rund um die Wahlen präsent und stellen mindestens die Hälfte der Parteileute dar.
- **Rückendeckung.** Die kandidierenden Frauen werden von ihrer Partei im Wahlkampf ideell, personell und finanziell konsequent unterstützt.
- **Auftritt.** Die Kandidatinnen erhalten rechtzeitig ein Training, das sie für die Auftritte in der Öffentlichkeit und in den Medien optimal vorbereitet.
- **Genderkompetenz.** In Weiterbildungskursen befassen sich Frauen und Männer mit Gleichstellung und Geschlechterparität - als Frage der Gerechtigkeit und Voraussetzung für eine echte Demokratie.
- **Synergien.** Mit einem parteiübergreifenden Informations- und Erfahrungsaustausch werden die Gleichstellungsbemühungen in allen Parteien gefördert und unterstützt.
- **Durchsetzung.** Gleichstellungsbeauftragte oder ein entsprechendes Gremium setzen sich dafür ein, dass die beschlossenen Massnahmen durchgesetzt werden. Sie verfügen über die aktive Unterstützung der Parteileitung.

<sup>25</sup> Eidgenössische Kommission für Frauenfragen, «Die 10 wichtigsten Tipps für Parteien, die mehr Frauen im Parlament wollen [Eidg. Wahlen 2007]», Bern, 2006

- **Controlling.** Die Parteileitung überprüft regelmässig, was sie für die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in der Politik bereits getan hat - und was noch zu tun bleibt. Ein regelmässiges Controlling stellt die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen sicher.

### **6.3 *Umfeld und Familie***

**Unterstützen Sie Ihre Partnerin, Mutter, Tochter, Schwester, Freundin in Ihren politischen Ambitionen!** Moralische Unterstützung ist wichtig, aber auch konkrete Unterstützung im Bereich Familienarbeit und Hausarbeit sind notwendig, damit Zeit und Flexibilität für den Wahlkampf und für ein eventuelles politisches Amt vorhanden sind.

### **6.4 *Wählende***

**Wählen Sie Frauen!** Vertrauen Sie auf die Kompetenz der Kandidatinnen und wählen Sie mindestens 50 % Frauen.

## 7. Anhang

### 7.1 Abkürzungen der Parteien

Folgende Parteien werden in dieser Arbeit im Kapitel über die Grossratswahlen genauer betrachtet, da sie 2006 zusammen 98 % der Sitze hielten.

CVP Christlichdemokratische Partei Schweiz

SP Sozialdemokratische Partei Schweiz

FDP Die Liberalen

SVP Schweizerische Volkspartei

CSP Christlich-soziale Partei

Die Grünen

Bewegung Öffnung

### 7.2 Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts

#### 7.2.1 Zeitpunkt der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts weltweit

Übersicht der Internetseite «Women in politics», <http://www.ipu.org/wmn-e/suffrage.htm>.

Falls nicht anders angegeben bezeichnet das Datum den Zeitpunkt, seit welchem Frauen das Stimm- und Wahlrecht in den jeweiligen Ländern zugesprochen bekommen haben. Die in der Liste aufgeführten Länder haben heute oder hatten zu einem bestimmten Zeitpunkt ihrer Geschichte ein Parlament.

1788	Vereinigte Staaten Amerikas (das Recht gewählt zu werden)
1893	Neuseeland (das Recht zu wählen)
1902	Australien
1906	Finnland
1907	Norwegen (das Recht gewählt zu werden)*
1913	Norwegen**
1915	Dänemark, Island*
1917	Kanada (das Recht zu wählen)*, Niederlande (das Recht gewählt zu werden)
1918	Österreich, Kanada (das Recht zu wählen)*, Estland, Georgien <sup>1</sup> , Deutschland, Ungarn, Irland*, Kirgisistan, Lettland, Litauen, Polen, Russische Föderation, Vereinigtes Königreich*
1919	Weissrussland, Belgien (das Recht zu wählen)*, Luxemburg, Niederlande (das Recht zu wählen), Neuseeland (das Recht gewählt zu werden), Schweden*, Ukraine
1920	Albanien, Kanada (das Recht gewählt zu werden)*, Tschechische Republik, Island**, Slowakei, Vereinigte Staaten Amerikas (das Recht zu wählen)
1921	Armenien, Aserbaidshan, Belgien (das Recht gewählt zu werden)*, Georgien <sup>1</sup> , Schweden**
1924	Kasachstan <sup>1</sup> , Mongolei, Saint Lucia, Tadschikistan
1927	Turkmenistan
1928	Irland**, Vereinigtes Königreich**
1929	Ecuador*, Rumänien*
1930	Südafrika (für Weisse), Türkei (das Recht zu wählen)
1931	Chile*, Portugal*, Spanien, Sri Lanka
1932	Brasilien, Malediven, Thailand, Uruguay
1934	Kuba, Portugal*, Türkei (das Recht gewählt zu werden)
1935	Myanmar (das Recht zu wählen)
1937	Philippinen
1938	Bolivien*, Usbekistan
1939	El Salvador (das Recht zu wählen)

1941	Panama*
1942	Dominikanische Republik
1944	Bulgarien, Frankreich, Jamaika
1945	Kroatien, Guyana (das Recht gewählt zu werden), Indonesien, Italien, Japan <sup>1</sup> , Senegal, Slowenien, Togo
1946	Kamerun, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), Djibouti (das Recht zu wählen), Guatemala, Liberia, Myanmar (das Recht gewählt zu werden), Panama**, Rumänien**, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Trinidad und Tobago, Venezuela, Vietnam, Jugoslawien
1947	Argentinien, Japan <sup>1</sup> , Malta, Mexiko (das Recht zu wählen), Pakistan, Singapur
1948	Belgien**, Israel, Niger, Republik Korea (Südkorea), Seychellen, Surinam
1949	Bosnien und Herzegowina, Chile**, China, Costa Rica, Arabische Republik Syrien (das Recht zu wählen)*
1950	Barbados, Kanada (das Recht zu wählen)**, Haiti, Indien
1951	Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, Nepal, St. Kitts und Nevis, St. Vincent und die Grenadinen
1952	Bolivien**, Elfenbeinküste, Griechenland, Libanon
1953	Bhutan, Guyana (das Recht zu wählen), Mexiko (das Recht gewählt zu werden), Arabische Republik Syrien **
1954	Belize, Kolumbien, Ghana
1955	Kambodscha, Eritrea <sup>2</sup> , Äthiopien, Honduras, Nicaragua, Peru
1956	Benin, Komoren, Ägypten, Gabun, Mali, Mauritius, Somalia
1957	Malaysia, Simbabwe (das Recht zu wählen)**
1958	Burkina Faso, Tschad, Guinea, Laos, Nigeria (Süden)
1959	Madagaskar, San Marino (das Recht zu wählen), Tunesien, Vereinigte Republik Tansania
1960	Kanada (das Recht gewählt zu werden)**, Zypern, Gambia, Tonga
1961	Bahamas*, Burundi, El Salvador (das Recht gewählt zu werden), Malawi, Mauretanien, Paraguay, Ruanda, Sierra Leone
1962	Algerien, Australien**, Monaco, Uganda, Sambia
1963	Afghanistan, Kongo, Äquatorialguinea, Fiji, Iran (Islamische Republik), Kenia, Marokko, Papua-Neuguinea (das Recht gewählt zu werden)
1964	Bahamas**, Libysch-Arabische Dschamahirija, Papua-Neuguinea (das Recht zu wählen), Sudan
1965	Bostwana, Lesotho
1967	Demokratische Republik Kongo (das Recht zu wählen), Ecuador**, Kiribati, Tuvalu, Jemen (Volksdemokratische Republik.)
1968	Nauru, Swasiland
1970	Andorra (das Recht zu wählen), Demokratische Republik Kongo (das Recht gewählt zu werden), Jemenitische Arabische Republik
1971	Schweiz
1972	Bangladesh
1973	Andorra (das Recht gewählt zu werden), Bahrain <sup>3</sup> , San Marino (das Recht gewählt zu werden)
1974	Jordanien, Salomonen
1975	Angola, Kapverden, Mosambik, São Tomé und Príncipe, Vanuatu <sup>1</sup>
1976	Portugal**
1977	Guinea-Bissau
1978	Nigeria (Norden), Republik Moldau <sup>1</sup> , Simbabwe (das Recht gewählt zu werden)
1979	Republik Marshallinseln, Mikronesien (Fed. Staaten), Palau
1980	Irak, Vanuatu <sup>1</sup>
1984	Liechtenstein, Südafrika (Farbige + Inder)
1986	Zentralafrikanische Republik, Dschibuti (das Recht gewählt zu werden)
1989	Namibia
1990	Samoa
1993	Kasachstan <sup>1</sup> , Republik Moldau <sup>1</sup>
1994	Südafrika (Schwarze)
2005	Kuwait

\* Das Recht ist gewissen Konditionen und Restriktionen unterworfen

\*\* Restriktionen oder Konditionen aufgehoben

1. Es ist nicht unüblich, dass den Frauen in Ländern unter Kolonialherrschaft das Recht zu wählen und gewählt zu werden gewährt wurde, dass dieses Recht nach der Unabhängigkeit des Landes jedoch (von den Männern) bestätigt werden musste. Ähnlich ist es nicht unüblich, dass in Ländern, welche zu einem föderalen Staatenbund gehörten, nach Austritt aus der Föderation die Stimm- und Wahlrechte für Frauen unter der neuen Verfassung bestätigt werden mussten, auch wenn den Frauen unter dem föderalen Recht das Stimm- und Wahlrecht gewährt worden war.
2. Im November 1955 war Eritrea noch Teil von Äthiopien. Die Verfassung des unabhängigen Eritrea, welche am 23. Mai 1997 angenommen wurde, legt fest, dass «Alle Bürger Eritreas ab dem 18. Altersjahr das Recht zu wählen haben.»
3. In den Vereinigten Arabischen Emiraten, in welchen das Parlament nicht gewählt sondern offiziell benannt wird, haben weder Männer noch Frauen ein Stimm- oder Wahlrecht.

### 7.2.2 Zitate zur Einführung des Frauenstimmrechts im Kanton Freiburg<sup>26</sup>

«[Der Staatsrat] glaubt, dass der Moment gekommen ist, ihr [der Frau] den Zugang zur Politik zu vereinfachen. Es ist tatsächlich unbestritten, dass die Frau von Natur aus wertvolle Dienste in öffentlichen Stellen leisten könnte, insbesondere in Behörden, welche sich um Fragestellungen der Kindheit und Jugend kümmern, wie beispielsweise die Jugendstrafkammer und das Friedensgericht».

*Auszug aus der Antwort des Staatsrats auf die Motion des sozialistischen Grossrats Albert Challamel, in welcher er für die Freiburgerinnen gleiche politische Rechte verlangte wie für die Freiburger, 14.11.1950.*

«Wenn man sich an die kantonale Abstimmung des vergangenen Sonntags hält, kann man behaupten, dass das Freiburger Stimmvolk die Frau nicht besonders liebt. Oder eher, dass es sie liebt, das schon, aber dass es nicht ein allzu grosses Vertrauen in ihre mutmasslichen Qualitäten hat. Tatsächlich hat es das Stimmvolk mit mehr als 7 500 Nein zu 4 900 Ja abgelehnt, unseren Gefährtinnen das verfassungsmässige Recht anzuerkennen, in gewisse öffentliche Funktionen gewählt zu werden».

*Auszug aus dem Artikel «Les Fribourgeois et la femme» im L'indépendant, 24.04.1952, anschliessend an die kantonale Abstimmung über die Einführung der Frauen in die Justizbehörde.*

«Wir erwarten, dass die Wähler, unsere Ehemänner, Brüder, Söhne, uns endlich breitwillig die Möglichkeit einräumen, Bürgerinnen zu sein... anders gesagt, erwachsen zu werden».

*Madeleine Joye-Thévoz, Präsidentin der «Association pour le suffrage féminin Fribourg» (ASFF) an die Mitglieder der ASFF vor der nationalen Abstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechts (1958).*

«Die Frau arbeitet, die Frau bezahlt Steuern. Die Frau erzieht die Kinder. Die Frau muss wählen dürfen».

*Plakat des Schweizerischen Verbands für Frauenrechte (SVF) vor der nationalen Abstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechts (1959).*

«Die Sozialdemokratische Partei Freiburg wünscht sich, dass dieser Traum mehr als ein halbes Jahrhundert nach der Affirmation des sozialistischen Postulats 1918 zur Gleichstellung der Frau in der Politik endlich Realität wird».

*Gérald Ayer, sozialdemokratischer Grossrat, bezieht Stellung für die Einführung des Frauenstimmrechts in «Travail» 29.01.1971, im Artikel «Parti socialiste fribourgeois. Deux fois OUI enthousiastes pour le suffrage féminin».*

<sup>26</sup> M. Fasani Serra: *Mémoire de licence «Un geste de bon cœur» pour faire bon genre? L'adoption du suffrage féminin dans le canton de Fribourg, arguments et contre-arguments dans la presse (1959-1971)*

«Die unabhängig-Christlichsozialen agieren mit umso weniger Hintergedanken, als dass die Partei seit ihrer Gründung die Frauen als vollwertige Mitglieder anerkennt und ihre Vertretung in seinem Vorstand gewährleistet, unter anderem, indem eine Frau das Vize-Präsidium wahrnimmt».

*Noël Ruffieux, Präsident der unabhängig-Christlichsozialen, bezieht Position für die Einführung des Frauenstimmrechts in «La Liberté» vom 30.-31. 01.1971, im Artikel «Avant la votation fédérale et cantonale sur le suffrage féminin. Et Adam mangera la pomme. «Oui de bon cœur.»»*

«[...] nicht um Sentimentalität oder Wohlwollen, sondern um die nüchterne Erkenntnis, dass die Frau über Rechte und Pflichten, die ihr überbunden sind, auch mitentscheiden kann».

*«Aufruf an die Stimmbürger» der FDP Schweiz in «Der Murtenbieter» vom 06.02.1971.*

«[...] nicht nur aus Prestigeerwägungen die politische Mündigkeit wünschen, sondern ganz besonders darum, weil sie an der Lösung und Gestaltung aller Probleme, die das wirtschaftliche, kulturelle und gemeinnützige Leben aller Bevölkerungsschichten im Schweizerhause berühren, mitwirken möchte. Dies wird nach dem 7. Februar zweifellos der Fall sein!»

*Auszug aus dem Artikel «Frau und Politik» in «Der Murtenbieter» vom 13.01.1971.*

«Für die Bürger, welche sich auf die christliche Demokratie berufen, ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Staat ein absolutes Erfordernis».

*«Ein herzliches Ja für unsere Frauen» in «Die Freiburger Nachrichten» vom 05.02.1971.*

«[...] das Nein des Schweizer Bauernverbands hat eine entscheidende Rolle gespielt. [...] Die Opposition war speziell in den katholischen Kantonen bemerkbar, aber man muss einräumen, dass eine grosse Anzahl Arbeiter der Linie der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft nicht gefolgt sind».

*Auszug aus dem Artikel «La votation fédérale, une occasion manquée» in «Travail», 05.02.1959, nach der Ablehnung der Abstimmung über die Einführung zum Frauenstimmrecht vom 01.02.1959.*

«Im Kanton Freiburg betrug die Abstimmungsbeteiligung nur 58,7 %; in Greyerz stimmten nur 4 369 von 7 984 Wählern ab. Es gab also nicht gerade einen Ansturm auf die Urnen. Und dies trotz der aktiven Abstimmungskampagne, sowohl in der Presse als auch im Radio. Auch auf der Strasse wurde das Problem heftig diskutiert. Den Komitees zugunsten des Frauenstimmrechts fehlte es weder an wichtigen Persönlichkeiten noch an Prestige. Sogar innerhalb der Parteien bezogen die Fraktionen klar Position für die Anerkennung der politischen Rechte der Frauen. Aber die Tatsache, dass die grossen Parteien der Schweiz die Abstimmungsfreigabe beschlossen, ist symptomatisch. Man könnte diese Haltung als indirekten Hinweis für ein Nein betrachten».

*Auszug aus dem Artikel «Après la votation du 1<sup>er</sup> février. Un refus massif» in «Le Fribourgeois» vom 03.02.1959.*

«Obwohl Gegner des Frauenstimm- und Wahlrechts, haben wir in unserer letzten Ausgabe signalisiert, dass die Frau früher oder später dem Mann nicht mehr überlegen sein wird durch ihren Charme, ihre Ausgeglichenheit oder ihr Lächeln und dass sie zu einer vollwertigen Bürgerin werden wird. Dass der Tag kommen wird, an welchem sie die Uniform der Soldaten trägt, weil man den Fortschritt nicht aufhält, eben so wenig wie man den Kommunismus davon abhält, schliesslich die Welt zu dominieren».

*Auszug aus dem Artikel «Les votations de dimanche» in «Le Républicain» vom 11.02.1971.*

«[...] das weibliche Temperament fühlt sich in öffentlichen Funktionen nicht immer wohl».

*Auszug aus «Les votations fédérale et cantonale. Ces dames ont gagné» in «La Gruyère» vom 09.02.1971.*

«[...] dass es undenkbar ist, dass keine einzige Frau Mitte Dezember unter der Kuppel Platz nimmt. Dies wäre dann der greifbare Beweis, dass etwas in unserer Demokratie geändert werden müsste, eine Demokratie, die sich selbst die älteste der Welt nennt».

*Auszug aus dem Artikel «Citoyennes à part entières» in «Le Fribourgeois» vom 11.02.1971.*

«Wir wünschen uns sehr, dass ihr der Aufgabe nicht aus dem Weg geht und dass ihr euch nicht damit zufrieden gebt, dem vorüberziehenden Umzug zuzusehen, sondern dass ihr aktiv sein werdet, und sei dies nur, um das gerechte Lob zu verdienen, welches im Verlauf der Wahlkampagne an euch gerichtet wurde. Der Kampagne, welche dieser Abstimmung vorausging, und gewissermassen einer Art stiller Revolution gleichkommt».

Auszug aus dem Artikel «*Suffrage féminin. Le visage de la Suisse a changé*» in «*L'indépendant*» vom 11.02.1971.

«Es wird Zeit brauchen und, ich wiederhole es, die Bemühungen müssen beiderseitig sein».

Auszug aus dem Artikel «*Le billet de la citoyenne, Après un vote historique*» in «*Travail*» vom 19.02.1971.

## 7.3 Frauenvertretung in Zahlen

### 7.3.1 Nationalrat

Tabelle 1

Nationalratswahlen: Prozentsatz der Kandidatinnen und Kandidaten, der gewählten Frauen und Männer sowie die Wahlquote der Kandidierenden für die gesamte Schweiz, 1971-2007

Jahr	Frauen			Männer		
	Kandidatinnen	Gewählte	Wahlquote	Kandidatinnen	Gewählte	Wahlquote
1971	15.7 %	5.0 %	31.8	84.3 %	95.0 %	112.8
1975	16.8 %	7.5 %	44.7	83.2 %	92.5 %	111.2
1979	18.3 %	10.5 %	57.3	81.7 %	89.5 %	109.6
1983	23.0 %	11.0 %	47.8	77.0 %	89.0 %	115.6
1987	29.2 %	14.5 %	49.7	70.8 %	85.5 %	120.8
1991	32.5 %	17.5 %	53.9	67.5 %	82.5 %	122.2
1995	34.8 %	21.5 %	61.7	65.2 %	78.5 %	120.5
1999	34.4 %	23.5 %	68.2	65.6 %	76.5 %	116.7
2003	34.9 %	26.0 %	74.5	65.1 %	74.0 %	113.6
2007	35.1 %	29.5 %	84.0	64.9 %	70.5 %	108.7

Datenquelle: Bundesamt für Statistik BFS

Tabelle 2

Nationalratswahlen: Anzahl Kandidatinnen und Kandidaten sowie Anzahl gewählter Frauen und Männer für die gesamte Schweiz, 1971-2007

Jahr	Kandidierende			Gewählte		
	Frauen	Männer	Total	Frauen	Männer	Total
1971	267	1'429	1696	10	190	200
1975	328	1'626	1954	15	185	200
1979	340	1'515	1855	21	179	200
1983	434	1'451	1885	22	178	200
1987	704	1'707	2411	29	171	200
1991	834	1'735	2569	35	165	200
1995	991	1'853	2844	43	157	200
1999	983	1'871	2854	47	153	200
2003	995	1'857	2852	52	148	200
2007	1'090	2'014	3104	59	141	200

Datenquelle: Bundesamt für Statistik BFS

**Tabelle 3**

*Nationalratswahlen: Prozentsatz der Kandidatinnen und Kandidaten, der gewählten Frauen und Männer sowie die Wahlquote der Kandidierenden für den Kanton Freiburg, 1971 - 2007*

Jahr	Frauen			Männer		
	Kandidatinnen	Gewählte	Wahlquote	Kandidaten	Gewählte	Wahlquote
1971	20.0 %	16.7 %	83.3	80.0 %	83.3 %	104.2
1975	14.8 %	16.7 %	112.5	85.2 %	83.3 %	97.8
1979	16.7 %	16.7 %	100.0	83.3 %	83.3 %	100.0
1983	18.8 %	0.0 %	0.0	81.3 %	100.0 %	123.1
1987	15.6 %	16.7 %	107.1	84.4 %	83.3 %	98.7
1991	27.6 %	0.0 %	0.0	72.4 %	100.0 %	138.1
1995	35.9 %	16.7 %	46.4	64.1 %	83.3 %	130.0
1999	37.9 %	33.3 %	87.9	62.1 %	66.7 %	107.4
2003	39.3 %	14.3 %	36.3	60.7 %	85.7 %	141.3
2007	32.5 %	14.3 %	44.0	67.5 %	85.7 %	127.0

Datenquelle: Bundesamt für Statistik BFS

**Tabelle 4**

*Nationalratswahlen: Anzahl Kandidatinnen und Kandidaten sowie Anzahl gewählter Frauen und Männer für den Kanton Freiburg, 1971-2007*

Jahr	Kandidierende			Gewählte		
	Frauen	Männer	Total	Frauen	Männer	Total
1971	6	24	30	1	5	6
1975	4	23	27	1	5	6
1979	4	20	24	1	5	6
1983	6	26	32	0	6	6
1987	7	38	45	1	5	6
1991	16	42	58	0	6	6
1995	28	50	78	1	5	6
1999	22	36	58	2	4	6
2003	24	37	61	1	6	7
2007	26	54	80	1	6	7

Datenquelle: Bundesamt für Statistik BFS

### 7.3.2 Ständerat

**Tabelle 5**

*Ständerat: Anzahl und Prozentsatz gewählter Frauen und Männer für die gesamte Schweiz, 1971-2007*

Jahr	Frauen	Männer	Total	Frauen	Männer
1971	1	43	44	2.3 %	97.7 %
1975	0	44	44	0.0 %	100.0 %
1979	3	43	46	6.5 %	93.5 %
1983	3	43	46	6.5 %	93.5 %
1987	5	41	46	10.9 %	89.1 %
1991	4	42	46	8.7 %	91.3 %
1995	8	38	46	17.4 %	82.6 %
1999	9	37	46	19.6 %	80.4 %
2003	11	35	46	23.9 %	76.1 %
2007	10	36	46	21.7 %	78.3 %

Datenquelle: Bundesamt für Statistik BFS

**Tabelle 6**

**Ständerat: Anzahl Kandidatinnen und Kandidaten sowie Anzahl gewählter Frauen und Männer für den Kanton Freiburg, 1971-2007**

Jahr	Kandidierende			Gewählte		
	Frauen	Männer	Total	Frauen	Männer	Total
1975	0	6	6	0	2	2
1983	1	5	6	0	2	2
1987	0	5	5	0	2	2
1991	0	5	5	0	2	2
1995	2	3	5	0	2	2
1999	0	4	4	0	2	2
2003	0	5	5	0	2	2
2007	0	4	4	0	2	2

Datenquelle: Staatskanzlei des Kantons Freiburg

### 7.3.3 Kantonale Legislativen, Grosser Rat des Kantons Freiburg

Bei den Grossratswahlen 2006 haben drei Frauen in ihren jeweiligen Bezirken am meisten Stimmen erhalten:

- Solange Berset (SP - Saane-Land, mit 4459 Stimmen)
- Christine Bulliard (CVP - Sense, mit 3887 Stimmen)
- Emmanuelle Kaelin-Murith (CVP - Greyerz, mit 3848 Stimmen)

Weitere Resultate finden Sie unter [www.bef-bgf](http://www.bef-bgf.ch) / Gleichstellung / Frauen in Politik

**Tabelle 7**

**Kantonale Legislativen: Prozentsatz der Kandidatinnen und Kandidaten, der gewählten Frauen und Männer sowie die Wahlquote der Kandidierenden für die gesamte Schweiz, 1971 - 2009**

Jahr	Kandidierende		Gewählte		Wahlquote	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
2002	26.7 %	73.3 %	23.9 %	76.1 %	89.6	103.8
2003	34.6 %	65.4 %	24.2 %	75.8 %	69.9	115.9
2004	30.6 %	69.4 %	25.0 %	75.0 %	81.7	108.1
2005	30.0 %	70.0 %	25.8 %	74.2 %	86.0	106.0
2006	32.1 %	67.9 %	26.0 %	74.0 %	81.0	109.0
2007	33.0 %	67.0 %	26.5 %	73.5 %	80.3	109.7
2008	31.6 %	68.4 %	26.2 %	73.8 %	82.9	107.9
2009	0.0 %	0.0 %	25.6 %	74.4 %	0.0	0.0

Datenquelle: Bundesamt für Statistik BFS

*Tabelle 8*

*Grosser Rat des Kantons Freiburg: Prozentsatz der Kandidatinnen und Kandidaten, der gewählten Frauen und Männer sowie die Wahlquote der Kandidierenden, 1971 - 2006*

Jahr	Kandidierende		Gewählte		Wahlquote	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
1971	16.0 %	84.0 %	6.9 %	93.1 %	43	111
1976	12.5 %	87.5 %	10.8 %	89.2 %	86	102
1981	15.2 %	84.8 %	10.0 %	90.0 %	66	106
1986	17.4 %	82.6 %	11.5 %	88.5 %	66	107
1991	23.3 %	76.7 %	14.6 %	85.4 %	63	111
1996	29.3 %	70.7 %	21.5 %	78.5 %	74	111
2001	29.9 %	70.1 %	25.4 %	74.6 %	85	106
2006	30.1 %	69.9 %	23.6 %	76.4 %	79	109
Total	22.0 %	78.0 %	15.4 %	84.6 %	70	108

Datenquelle: Staatskanzlei des Kantons Freiburg

Tabelle 9

**Grosser Rat des Kantons Freiburg : Prozentsatz der Kandidatinnen und der gewählten Frauen nach politischen Parteien im Verhältnis zum Total der Kandidierenden und Gewählten, 1971 - 2006**

Jahr	CVP		SP*		FDP*		CSP*		SVP* + union des paysans		Bewegung Öffnung*		Grüne*		Total	
	Kandidatinnen	Gewählte Frauen	Kandidatinnen	Gewählte Frauen	Kandidatinnen	Gewählte Frauen	Kandidatinnen	Gewählte Frauen	Kandidatinnen	Gewählte Frauen						
1971	17.2%	44.4%	19.5%	22.2%	26.4%	22.2%	17.2%	11.1%	8.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	15%	6.5%
1976	25.4%	33.3%	17.5%	26.7%	20.6%	20.0%	20.6%	6.7%	7.9%	6.7%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	12%	10.9%
1981	22.7%	35.7%	24.0%	35.7%	21.3%	7.1%	17.3%	7.1%	9.3%	7.1%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	15%	10.4%
1986	20.0%	26.7%	28.8%	46.7%	20.0%	6.7%	13.8%	13.3%	12.5%	6.7%	0.0%	0.0%	5.0%	0.0%	17%	11.4%
1991	12.3%	15.8%	32.2%	52.6%	13.7%	15.8%	8.9%	10.5%	13.0%	5.3%	0.0%	0.0%	14.4%	0.0%	23%	14.6%
1996	16.0%	14.3%	32.1%	46.4%	14.2%	25.0%	12.3%	10.7%	9.9%	3.6%	0.6%	0.0%	5.6%	0.0%	30%	21.5%
2001	17.6%	21.2%	27.5%	33.3%	14.4%	18.2%	13.7%	12.1%	6.5%	3.0%	10.5%	6.1%	7.2%	3.0%	30%	25.4%
2006	18.7%	23.1%	24.6%	34.6%	12.3%	19.2%	11.7%	11.5%	8.8%	7.7%	9.9%	0.0%	7.6%	3.8%	30%	23.6%
Total	18.1%	23.9%	27.4%	38.4%	16.7%	17.6%	13.7%	10.7%	7.9%	5.0%	3.7%	1.3%	6.3%	1.3%	22%	15.3%

Datenquelle : Staatskanzlei des Kantons Freiburg / Zählung und Berechnung : BGF

## Zusätzliche Informationen zur Bildung der Listen

Nachstehend folgen Informationen, welche die Bildung der Listen betreffen. Einige der Listen sind Ergebnisse einer Zusammenarbeit zwischen mehreren politischen Parteien oder Gruppierungen. Die Tabellen zeigen, welcher politischen Partei die Kandidierenden und Gewählten in diesen Fällen in der Statistik zugerechnet wurden :

### **\*SP:**

Jahr	Bezirk	Listen-Nr.	Name der Liste
1971	See	1	Liste der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitnehmer
1971	Vivisbach	2	Liste der Sozialdemokratischen Partei und des Arbeiterbundes
1976	Vivisbach	3	Liste der Sozialdemokratischen Partei und des Arbeiterbundes
1981	Vivisbach	3	Liste der Sozialdemokratischen Partei und des Arbeiterbundes
1986	Vivisbach	2	Liste des Arbeiterbundes und der sozialdemokratischen Partei

Ausserdem präsentierte sich die SP bei den Wahlen 1991 und 1996 in den Bezirken Sense und See mit geschlechtergetrennten Listen.

### **\*FDP:**

Früher waren Radikale und Liberale getrennt, seit 2001 haben sie sich zu einer Partei zusammen geschlossen. Zuvor präsentierten sich die Liberalen zeitweise auf einer Liste mit der SVP. Kandidatinnen und Kandidaten sowie Gewählte dieser Listen wurden der SVP zugerechnet. Anderenfalls wurden die Listen der Radikal-freisinnigen, der Liberal-Demokraten, der Freisinnig-Demokraten, der Liberal-Radikalen, der Liberalen, der Freisinnig-Radikalen und der Radikal-Demokraten in der Statistik der FDP zugerechnet. Ebenfalls der FDP zugerechnet wurden folgende Listen: Junge Liste FDP Sense (Sense, 1996), Liste Freisinnig-Demokratische Partei des Seebezirks «Oberer See» (See, 1996), Verständigungsliste des Haut-Lac (FDP) (See, 2001).

### **\*CSP:**

Jahr	Bezirk	Listen-Nr.	Name der Liste
2001	Broye	4	Christlichsoziale Partei - Wählergruppe der Parteilosen / Öffnung

### **\*SVP:**

Die SVP tritt erst seit 1976 bei den Grossratswahlen an, zunächst jedoch nur in vereinzelt Bezirken und häufig auf einer Liste mit der Union der Bauern, des Gewerbes und der Unabhängigen. Später gehen diese Gruppierungen in der SVP auf. Daher wurde entschieden, folgende Listen aposteriorisch in der Statistik der SVP zuzurechnen: Liste der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, Bauern, Unabhängige und Arbeiter, Liste der Union der Bauern, des Gewerbes und der Unabhängigen.

Jahr	Bezirk	Listen-Nr.	Name der Liste
1991	Stadt Freiburg	5	SVP - Freie Liberale - Parteilose
1991	Broye	5	Schweizerische Volkspartei / BGU / Freie Wähler
1996	Saane-Land	5	SVP - Liberale Partei - Unabhängige
1996	Sense	5	Schweizerische Volkspartei + Liberale
1996	See	5	Schweizerische Volkspartei (SVP) und Unabhängige
1996	Glane	5	Schweizerische Volkspartei (SVP) und Liberale Partei
1996	Broye	5	SVP - BGU - Freie Wähler
1996	Vivisbach	5	Schweizerische Volkspartei - Unabhängige - Liberale Partei
2001	See	5	Schweizerische Volkspartei (SVP) und Unabhängige

**\*Bewegung Öffnung:**

Listen und Listenverbindungen, welche trotz abweichendem Namen der Bewegung Öffnung zugeordnet wurden:

Jahr	Bezirk	Listen-Nr.	Name der Liste
1996	Broye	9	Freie Liste - Solidarität
2001	Sense	8	Freie Liste Sense
2001	Broye	12	Unabhängige - Solidarität - Öffnung
2006	Stadt Freiburg	6	Freie Liste
2006	Sense	6	Freie Liste Sense
2006	Broye	12	Unabhängige - Solidarität - Öffnung

**\*Die Grünen:**

Listenverbindungen, der Grünen Partei zugerechnet wurden:

Jahr	Bezirk	Listen-Nr.	Name der Liste
1996	Stadt Freiburg	7	Linkes Bündnis Die GrünEn & Solidarität und POP
1996	Saane-Land	7	Linkes Bündnis Die GrünEn & Solidarität und POP
2001	Stadt Freiburg	7	Die Grünen + Solidarität

Tabelle 10

Grosser Rat des Kantons Freiburg : Prozentsatz der Kandidierenden und Gewählten nach politischen Parteien im Verhältnis zum Total der Kandidierenden und Gewählten, 1971 - 2006

Jahr	CVP		SP*		FDP*		CSP*		SVP* + union des paysans		Bewegung Öffnung*		Grüne*	
	Kandidierende	Gewählte	Kandidierende	Gewählte	Kandidierende	Gewählte	Kandidierende	Gewählte	Kandidierende	Gewählte	Kandidierende	Gewählte	Kandidierende	Gewählte
1971	20.3%	29.5%	19.8%	20.9%	20.0%	20.1%	13.3%	9.4%	11.5%	6.5%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
1976	24.6%	37.2%	20.3%	21.2%	20.9%	22.6%	12.0%	7.3%	12.0%	6.6%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
1981	25.7%	35.1%	22.0%	24.6%	22.0%	20.9%	12.2%	9.0%	11.6%	7.5%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
1986	26.5%	37.9%	25.8%	24.2%	25.8%	20.5%	10.6%	8.3%	9.1%	7.6%	0.0%	0.0%	2.2%	0.0%
1991	19.3%	35.4%	21.4%	22.3%	17.5%	18.5%	8.6%	6.9%	15.5%	7.7%	0.0%	0.0%	6.2%	3.1%
1996	20.7%	34.6%	23.1%	24.6%	20.3%	19.2%	9.2%	7.7%	12.2%	6.2%	0.9%	1.5%	3.9%	1.5%
2001	21.2%	34.6%	20.4%	20.0%	20.4%	20.0%	12.7%	7.7%	11.8%	12.3%	8.8%	3.8%	2.5%	0.8%
2006	18.8%	33.6%	19.0%	22.7%	18.3%	17.3%	8.3%	3.6%	17.9%	16.4%	6.9%	1.8%	4.4%	2.7%
Total	22.7%	34.7%	22.1%	22.6%	21.2%	20.0%	11.2%	7.6%	9.7%	8.6%	2.1%	0.9%	2.6%	1.0%

Datenquelle : Staatskanzlei des Kantons Freiburg / Zählung und Berechnung : BGF

Tabelle 11

Grosser Rat des Kantons Freiburg : Prozentsatz der Kandidatinnen und der Kandidaten nach politischen Parteien im Verhältnis zum Total der Kandidierenden derselben Partei, 1971 - 2006

Jahr	CVP		SP*		FDP*		CSP*		SVP* + union des paysans		Bewegung Öffnung*		Grüne*	
	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten
1971	13.0%	87.0%	15.2%	84.8%	20.4%	79.6%	20.0%	80.0%	10.8%	89.2%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
1976	12.6%	87.4%	10.5%	89.5%	12.0%	88.0%	21.0%	79.0%	8.1%	91.9%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
1981	13.3%	86.7%	16.4%	83.6%	14.5%	85.5%	21.3%	78.7%	12.1%	87.9%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
1986	13.1%	86.9%	19.3%	80.7%	13.4%	86.6%	22.4%	77.6%	23.8%	76.2%	0.0%	0.0%	40.0%	60.0%
1991	14.9%	85.1%	35.1%	64.9%	18.2%	81.8%	24.1%	75.9%	19.6%	80.4%	0.0%	0.0%	53.8%	46.2%
1996	23.2%	76.8%	41.6%	58.4%	20.9%	79.1%	40.0%	60.0%	24.2%	75.8%	20.0%	80.0%	42.9%	57.1%
2001	25.0%	75.0%	40.4%	59.6%	21.2%	78.8%	32.3%	67.7%	16.7%	83.3%	35.6%	64.4%	84.6%	15.4%
2006	29.9%	70.1%	38.9%	61.1%	20.2%	79.8%	42.6%	57.4%	14.7%	85.3%	43.6%	56.4%	52.0%	48.0%
Total	17.8%	82.2%	27.5%	72.5%	17.5%	82.5%	27.2%	72.8%	18.1%	81.9%	38.2%	61.8%	53.7%	46.3%

Datenquelle : Staatskanzlei des Kantons Freiburg / Zählung und Berechnung : BGF

**Tabelle 12**

**Grosser Rat des Kantons Freiburg : Prozentsatz der gewählten Frauen und Männer nach politischen Parteien im Verhältnis zum Total der Gewählten derselben Partei, 1971 - 2006**

Jahr	CVP		SP*		FDP*		CSP*		SVP* + union des paysans		Bewegung Öffnung*		Grüne*	
	Gewählte Frauen	Gewählte Männer	Gewählte Frauen	Gewählte Männer	Gewählte Frauen	Gewählte Männer	Gewählte Frauen	Gewählte Männer						
1971	9.8%	90.2%	6.9%	93.1%	7.1%	92.9%	7.7%	92.3%	0.0%	100.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
1976	9.8%	90.2%	13.8%	86.2%	9.7%	90.3%	10.0%	90.0%	11.1%	88.9%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
1981	10.6%	89.4%	15.2%	84.8%	3.6%	96.4%	8.3%	91.7%	10.0%	90.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
1986	8.0%	92.0%	21.9%	78.1%	3.7%	96.3%	18.2%	81.8%	10.0%	90.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
1991	6.5%	93.5%	34.5%	65.5%	12.5%	87.5%	22.2%	77.8%	10.0%	90.0%	0.0%	0.0%	0.0%	100.0%
1996	8.9%	91.1%	40.6%	59.4%	28.0%	72.0%	30.0%	70.0%	12.5%	87.5%	0.0%	100.0%	0.0%	100.0%
2001	15.6%	84.4%	42.3%	57.7%	23.1%	76.9%	40.0%	60.0%	6.3%	93.8%	40.0%	60.0%	100.0%	0.0%
2006	16.2%	83.8%	36.0%	64.0%	26.3%	73.7%	75.0%	25.0%	11.1%	88.9%	0.0%	100.0%	33.3%	66.7%
Total	10.5%	89.5%	26.0%	74.0%	13.5%	86.5%	21.5%	78.5%	8.9%	91.1%	22.2%	77.8%	20.0%	80.0%

Datenquelle : Staatskanzlei des Kantons Freiburg / Zählung und Berechnung : BGF

**Tabelle 13**

**Grosser Rat des Kantons Freiburg : Wahlquote nach politischen Parteien, 1971 - 2006**

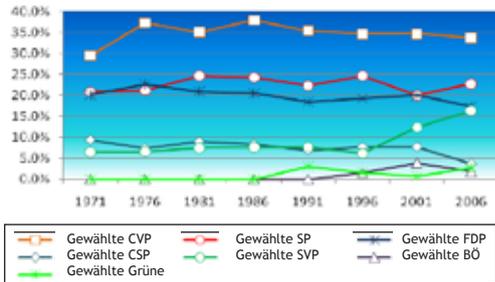
Jahr	CVP		SP*		FDP*		CSP*		SVP* + union des paysans		Bewegung Öffnung*		Grüne*	
	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten
1971	75	104	45	110	35	117	38	115	0	112	0	0	0	0
1976	78	103	132	96	80	103	48	114	138	97	0	0	0	0
1981	80	103	93	101	25	113	39	116	83	102	0	0	0	0
1986	61	106	113	97	28	111	81	106	42	118	0	0	0	0
1991	44	110	98	101	69	107	92	102	51	112	0	0	0	217
1996	38	119	98	102	134	91	75	117	52	116	0	125	0	175
2001	62	113	105	97	109	98	124	89	38	113	113	93	118	0
2006	54	120	93	105	130	92	176	44	76	104	0	177	64	139
Total	59	109	94	102	77	105	79	108	49	111	58	126	37	173

Datenquelle : Staatskanzlei des Kantons Freiburg / Zählung und Berechnung : BGF

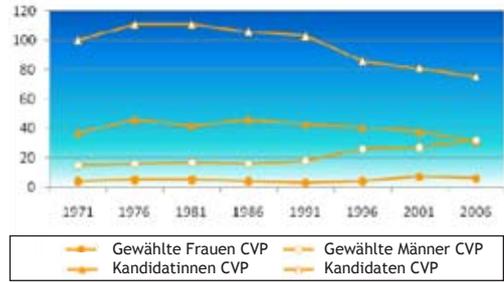
Grafik 23-30

Grosser Rat des Kantons Freiburg: Prozentsatz gewählter Frauen und Männer nach politischen Parteien im Verhältnis zum Total der Gewählten derselben Partei, 1971 - 2006

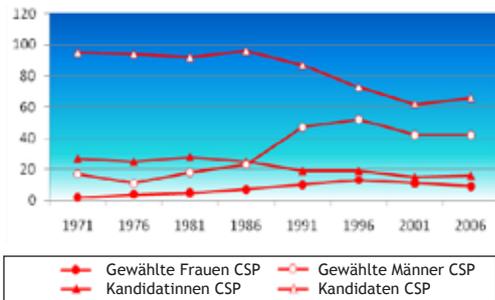
Grossratswahlen: Anteil der politischen Parteien am Total der Gewählten 1971-2006



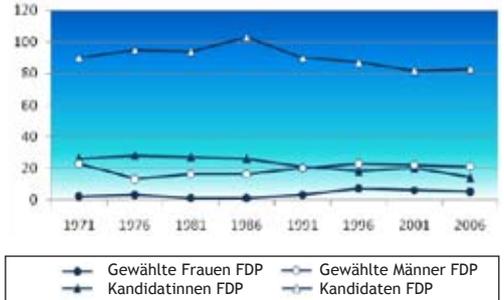
Grossratswahlen: Anzahl Kandidierende und Gewählte der CVP Kanton Freiburg 1971-2006



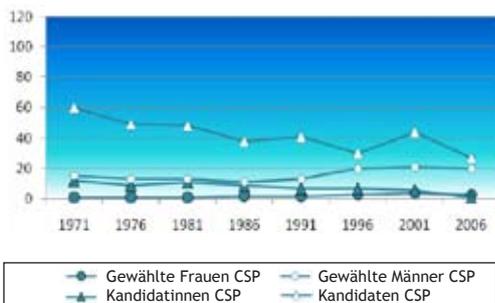
Grossratswahlen: Anzahl Kandidierende und Gewählte der CSP Kanton Freiburg 1971-2006



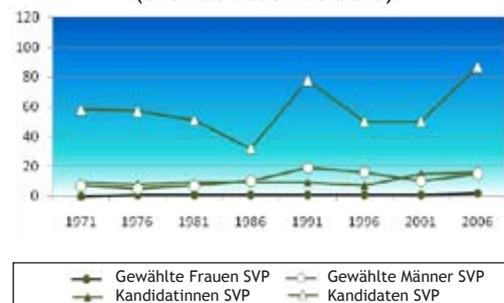
Grossratswahlen: Anzahl Kandidierende und Gewählte der FDP Kanton Freiburg 1971-2006



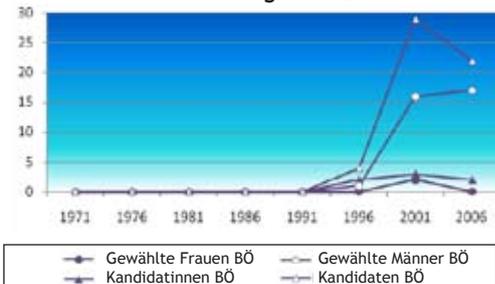
Grossratswahlen: Anzahl Kandidierende und Gewählte der CSP Kanton Freiburg 1971-2006



Grossratswahlen: Anzahl Kandidierende und Gewählte der SVP Kanton Freiburg 1971-2006 (ehemals Bauernverband)



Grossratswahlen: Anzahl Kandidierende und Gewählte der Bewegung Öffnung Kanton Freiburg 1971-2006



Grossratswahlen: Anzahl Kandidierende und Gewählte der Grünen Kanton Freiburg 1971-2006

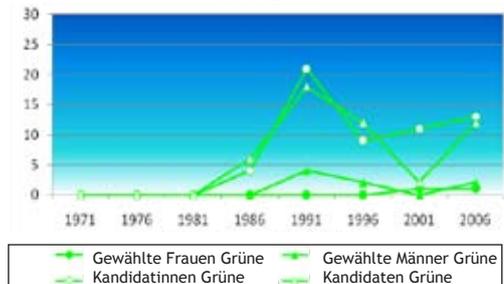


Tabelle 14

Grosser Rat des Kantons Freiburg: Prozentsatz der Kandidatinnen und der Kandidaten nach Wahlkreisen im Verhältnis zum Total der Kandidierenden im selben Wahlkreis, 1971 - 2006

Jahr	Stadt Freiburg		Saane Land		Sense		Greyerz		See		Glâne		Broye		Vivisbach		Total	
	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten
1971	17.2%	82.8%	11.0%	89.0%	21.2%	78.8%	10.6%	89.4%	20.7%	79.3%	15.0%	85.0%	19.0%	81.0%	13.8%	86.2%	16.0%	84.0%
1976	18.2%	81.8%	13.3%	86.7%	9.3%	90.7%	9.1%	90.9%	8.2%	91.8%	11.4%	88.6%	11.1%	88.9%	12.5%	87.5%	12.5%	87.5%
1981	21.5%	78.5%	16.7%	83.3%	9.8%	90.2%	11.1%	88.9%	12.5%	87.5%	9.7%	90.3%	17.0%	83.0%	13.8%	86.2%	15.2%	84.8%
1986	22.8%	77.2%	16.3%	83.7%	16.2%	83.8%	13.5%	86.5%	15.1%	84.9%	17.6%	82.4%	12.5%	87.5%	18.2%	81.8%	17.4%	82.6%
1991	27.0%	73.0%	23.3%	76.7%	27.2%	72.8%	20.0%	80.0%	32.8%	67.2%	9.1%	90.9%	12.7%	87.3%	14.8%	85.2%	23.3%	76.7%
1996	34.6%	65.4%	25.7%	74.3%	37.9%	62.1%	17.5%	82.5%	37.5%	62.5%	25.9%	74.1%	22.0%	78.0%	25.0%	75.0%	29.9%	70.1%
2001	43.2%	56.8%	27.0%	73.0%	28.2%	71.8%	20.4%	79.6%	34.5%	65.5%	25.0%	75.0%	27.3%	72.7%	21.7%	78.3%	30.0%	70.0%
2006	34.6%	65.4%	30.6%	69.4%	26.8%	73.2%	30.5%	69.5%	34.4%	65.6%	22.2%	77.8%	30.2%	69.8%	14.3%	85.7%	30.1%	69.9%
Total	27.0%	73.0%	21.5%	78.5%	24.1%	75.9%	17.3%	82.7%	25.4%	74.6%	16.5%	83.5%	19.5%	80.5%	16.6%	83.4%	22.2%	77.8%

Datenquelle : Staatskanzlei des Kantons Freiburg / Zählung und Berechnung : BGF

Tabelle 15

Grosser Rat des Kantons Freiburg: Prozentsatz der gewählten Frauen und Männer nach Wahlkreisen im Verhältnis zum Total der Gewählten im selben Wahlkreis, 1971 - 2006

Jahr	Stadt Freiburg		Saane Land		Sense		Greyerz		See		Glâne		Broye		Vivisbach		Total	
	Gewählte Frauen	Gewählte Männer																
1971	6.9%	93.1%	10.5%	89.5%	0.0%	100.0%	5.0%	95.0%	6.7%	93.3%	20.0%	80.0%	9.1%	90.9%	0.0%	100.0%	6.9%	93.1%
1976	20.7%	79.3%	10.5%	89.5%	0.0%	100.0%	5.0%	95.0%	13.3%	86.7%	30.0%	70.0%	0.0%	100.0%	0.0%	100.0%	10.8%	89.2%
1981	26.9%	73.1%	13.6%	86.4%	4.8%	95.2%	5.0%	95.0%	0.0%	100.0%	10.0%	90.0%	0.0%	100.0%	0.0%	100.0%	10.0%	90.0%
1986	19.2%	80.8%	13.6%	86.4%	14.3%	85.7%	0.0%	100.0%	0.0%	100.0%	10.0%	90.0%	18.2%	81.8%	16.7%	83.3%	11.5%	88.5%
1991	14.3%	85.7%	11.5%	88.5%	19.0%	81.0%	10.0%	90.0%	28.6%	71.4%	0.0%	100.0%	9.1%	90.9%	28.6%	71.4%	14.6%	85.4%
1996	10.5%	89.5%	26.9%	73.1%	33.3%	66.7%	10.0%	90.0%	33.3%	66.7%	10.0%	90.0%	16.7%	83.3%	28.6%	71.4%	21.5%	78.5%
2001	17.6%	82.4%	37.0%	63.0%	28.6%	71.4%	20.0%	80.0%	25.0%	75.0%	10.0%	90.0%	25.0%	75.0%	25.0%	75.0%	25.4%	74.6%
2006	20.0%	80.0%	26.1%	73.9%	17.6%	82.4%	27.8%	72.2%	38.5%	61.5%	12.5%	87.5%	10.0%	90.0%	33.3%	66.7%	23.6%	76.4%
Total	17.0%	83.0%	19.6%	80.4%	14.8%	85.2%	10.1%	89.9%	18.1%	81.9%	12.8%	87.2%	11.2%	88.8%	17.6%	82.4%	15.4%	84.6%

Datenquelle : Staatskanzlei des Kantons Freiburg / Zählung und Berechnung : BGF

**Tabelle 16**

**Grosser Rat des Kantons Freiburg : Wahlquote der Kandidatinnen und Kandidaten in ihrem jeweiligen Wahlkreis, 1971 - 2006**

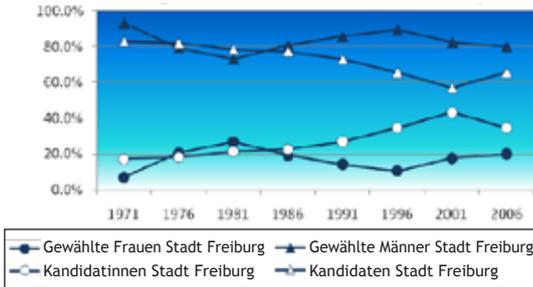
Jahr	Stadt Freiburg		Saane Land		Sense		Greizerz		See		Glâne		Broye		Vivisbach	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
1971	40	113	96	101	0	127	47	106	32	118	133	94	48	112	0	116
1976	114	97	79	103	0	110	55	105	163	94	263	79	0	113	0	114
1981	125	93	82	104	48	106	45	107	0	114	103	100	0	120	0	116
1986	84	105	84	103	88	102	0	116	0	118	57	109	145	94	92	102
1991	53	117	50	115	70	111	50	113	87	106	0	110	71	104	193	84
1996	30	137	105	98	88	107	57	109	89	107	39	122	76	107	114	95
2001	41	145	137	86	101	99	98	100	72	115	40	120	92	103	115	96
2006	58	122	85	106	66	113	91	104	112	94	56	113	33	129	233	78
Total	63	114	91	102	62	112	58	109	71	110	78	104	58	110	106	99

Datenquelle : Staatskanzlei des Kantons Freiburg / Zählung und Berechnung : BGF

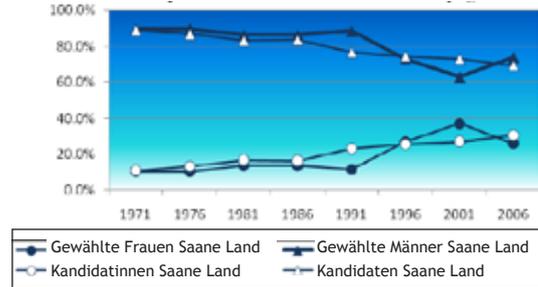
Grafik 31-38

Grosser Rat des Kantons Freiburg: Prozentsatz der gewählten Frauen und Männer nach Wahlkreisen im Verhältnis zum Total der Gewählten im selben Wahlkreis, 1971 - 2006

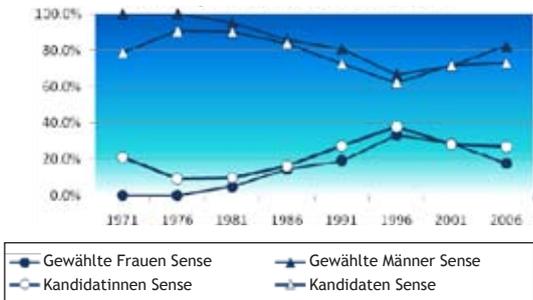
Grossratswahlen: Anteil Kandidierende und Gewählte im Bezirk Stadt Freiburg 1971-2006



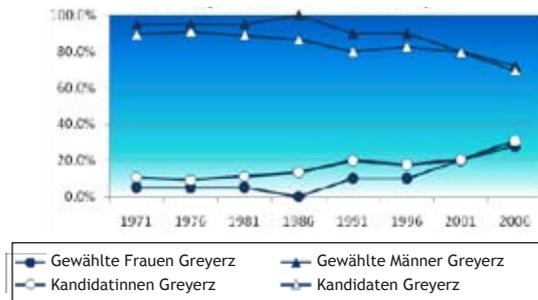
Grossratswahlen: Anteil Kandidierende und Gewählte im Bezirk Saane Land 1971-2006



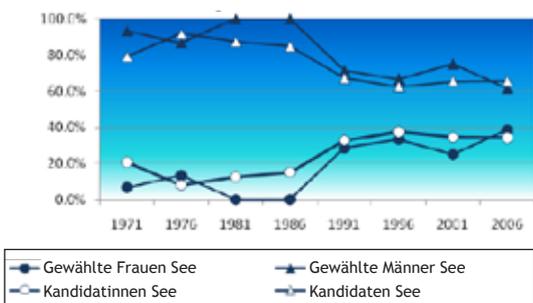
Grossratswahlen: Anteil Kandidierende und Gewählte im Bezirk Sense 1971-2006



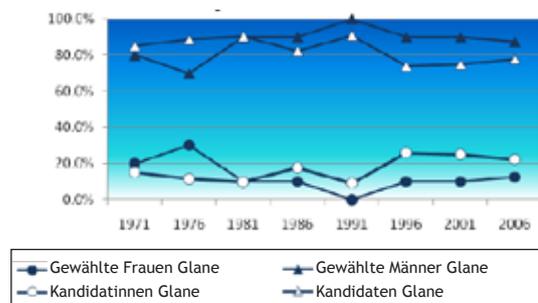
Grossratswahlen: Anteil Kandidierende und Gewählte im Bezirk Greyerz 1971-2006



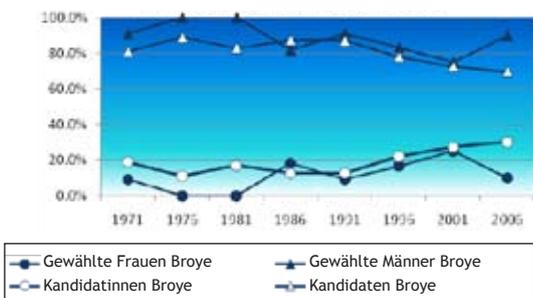
Grossratswahlen: Anteil Kandidierende und Gewählte im Bezirk See 1971-2006



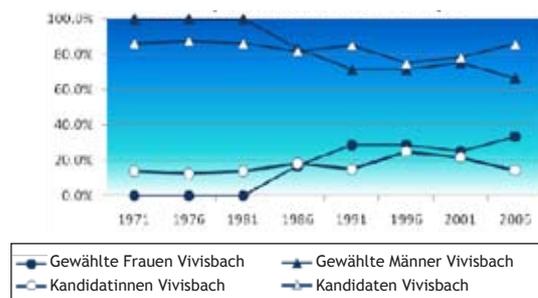
Grossratswahlen: Anteil Kandidierende und Gewählte im Bezirk Glane 1971-2006



Grossratswahlen: Anteil Kandidierende und Gewählte im Bezirk Broye 1971-2006



Grossratswahlen: Anteil Kandidierende und Gewählte im Bezirk Vivisbach 1971-2006



### 7.3.4 Kantonale Exekutiven, Staatsrat des Kantons Freiburg

Bis heute hatten 4 Frauen im freiburgischen Staatsrat Einsitz:

- Roselyne Crausaz Németh (CVP) von 1986 bis 1991
- Ruth Lüthi (SP) von 1991 bis 2006
- Isabelle Chassot (CVP) seit 2001
- Anne-Claude Demierre (SP) seit 2006

2006 wurde Isabelle Chassot (zusammen mit zwei weiteren bisherigen Staatsräten) im ersten Wahlgang mit einem glänzenden Resultat wiedergewählt. Sie erzielte mit 40 128 Stimmen das beste Ergebnis der Wahlen.

Anne-Claude Demierre wurde im zweiten Wahlgang gewählt. Sie setzte sich an die Spitze der Liste ihrer Partei und erhöhte ihren Stimmenanteil von 22,5 % im ersten auf 43,5 % im zweiten Wahlgang.

**Tabelle 17**

*Kantonale Exekutiven: Anzahl und Prozentsatz der gewählten Frauen und Männer für die gesamte Schweiz, 1980 - 2009*

Jahr	Gewählte				Total
	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	
1980/1983	1	0.6 %	167	99.4 %	168
1984/1987	5	3.0 %	163	97.0 %	168
1988/1991	5	3.0 %	161	97.0 %	166
1992/1995	19	11.4 %	147	88.6 %	166
1996/1999	33	20.4 %	129	79.6 %	162
1997/2000	30	18.5 %	132	81.5 %	162
1998/2001	33	20.4 %	129	79.6 %	162
1999/2002	34	21.3 %	126	78.8 %	160
2000/2003	34	21.5 %	124	78.5 %	158
2001/2004	37	23.4 %	121	76.6 %	158
2002/2005	35	22.2 %	123	77.8 %	158
2003/2006	32	20.5 %	124	79.5 %	156
2004/2007	30	19.2 %	126	80.8 %	156
2005/2008	31	20.0 %	124	80.0 %	155
2005/2009	33	21.2 %	123	78.8 %	156

Datenquelle: Bundesamt für Statistik BFS

**Tabelle 18**

*Staatsrat des Kantons Freiburg: Anzahl und Prozentsatz der Kandidatinnen und Kandidaten, der gewählten Frauen und Männer und die Wahlquote für die Kandidierenden, 1971-2005*

Jahr	Kandidierende					Gewählte				Wahlquote	
	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	Total	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	Frauen	Männer
1971	0	0.0 %	15	100.0 %	15	0	0.0 %	7	100.0 %	0.0	100.0
1976	0	0.0 %	8	100.0 %	8	0	0.0 %	7	100.0 %	0.0	100.0
1981	0	0.0 %	8	100.0 %	8	0	0.0 %	7	100.0 %	0.0	100.0
1986	1	9.1 %	10	90.9 %	11	1	14.3 %	6	85.7 %	157.1	94.3
1991	3	14.3 %	18	85.7 %	21	1	14.3 %	6	85.7 %	100.0	100.0
1996	2	15.4 %	11	84.6 %	13	1	14.3 %	6	85.7 %	92.9	101.3
2001	2	18.2 %	9	81.8 %	11	2	28.6 %	5	71.4 %	157.1	87.3
2004*	1	33.3 %	2	66.7 %	3	2	28.6 %	5	71.4 %	85.7	107.1
2006	5	29.4 %	12	70.6 %	17	2	28.6 %	5	71.4 %	97.1	101.2

\* Zusatzwahl, da ein Mitglied des Staatsrates in den Ständerat gewählt wurde

Datenquelle: Staatskanzlei des Kantons Freiburg

### 7.3.5 Exekutiven der Gemeinden im Kanton Freiburg

**Tabelle 19**

*Exekutiven der Gemeinden im Kanton Freiburg: Prozentsatz der in die Gemeinderäte des Kantons Freiburg gewählten Frauen und Männer nach Funktion, 2009*

	Frauen	Männer	Vakant	Total
Gemeindepräsident/in	13.9 %	86.1 %	0.0 %	15.0 %
Vizepräsident/in	21.3 %	78.7 %	0.0 %	14.9 %
Gemeinderat/-rätin	27.3 %	72.7 %	0.0 %	68.7 %
Mitglied der administrativen Kommission	0.0 %	100.0 %	0.0 %	0.3 %
Unbekannt	9.1 %	27.3 %	63.6 %	1.0 %
<b>Total</b>	<b>24.2 %</b>	<b>75.2 %</b>	<b>0.6 %</b>	<b>100.0 %</b>

Datenquelle: Amt für Gemeinden (Gema) des Kantons Freiburg

**Tabelle 20**

*Exekutiven der Gemeinden im Bezirk Greyerz: Anzahl und Prozentsatz gewählter Frauen und Männer, 1986-2006*

Jahr	Gewählte				Total
	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	
1986	20	8.6 %	212	91.4 %	232
1991	27	11.3 %	213	88.8 %	240
1996	32	13.3 %	208	86.7 %	240
2001	37	18.8 %	160	81.2 %	197
2006	34	19.0 %	145	81.0 %	179

Datenquelle: Oberamt Greyerz

**Tabelle 21**

*Exekutiven der Gemeinden im Bezirk Vivisbach: Anzahl und Prozentsatz gewählter Frauen und Männer, 1970-2006*

Jahr	Gewählte				Total
	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	
1970	0	0.0 %	92	100.0 %	92
1974	2	2.2 %	88	97.8 %	90
1978	2	2.2 %	90	97.8 %	92
1982	2	2.1 %	95	97.9 %	97
1986	9	9.3 %	88	90.7 %	97
1991	15	14.6 %	88	85.4 %	103
1996	25	21.7 %	90	78.3 %	115
2001	26	25.0 %	78	75.0 %	104
2004*	19	24.4 %	59	75.6 %	78
2006	16	19.8 %	65	80.2 %	81

\* Reduktion der Anzahl Gemeinderatssitze wegen Gemeindefusionen

Datenquelle: Oberamt Vivisbach

**Tabelle 22**

**Exekutiven der Gemeinden im Bezirk Glane: Anzahl und Prozentsatz gewählter Frauen und Männer, 1970-2006**

Jahr	Gewählte				Total
	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	
1970	0	0.0 %	241	100.0 %	241
1974	8	3.3 %	231	96.7 %	239
1978	11	4.8 %	218	95.2 %	229
1982	14	5.9 %	224	94.1 %	238
1986	15	6.3 %	223	93.7 %	238
1991	32	13.7 %	201	86.3 %	233
1996	39	16.8 %	193	83.2 %	232
2001	31	16.2 %	160	83.8 %	191
2006	29	23.2 %	96	76.8 %	125

Datenquelle: Oberamt Glane

**Tabelle 23**

**Gemeinderat von Bulle: Anzahl und Prozentsatz gewählter Frauen und Männer, 1986-2006**

Jahr	Gewählte				Total
	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	
1986	1	11.1 %	8	88.9 %	9
1991	1	11.1 %	8	88.9 %	9
1996	1	11.1 %	8	88.9 %	9
2001	1	11.1 %	8	88.9 %	9
2006	2	22.2 %	7	77.8 %	9

Datenquelle: Bundesamt für Statistik BFS

**Tabelle 24**

**Gemeinderat von Châtel-St-Denis: Anzahl und Prozentsatz gewählter Frauen und Männer, 1974-2006**

Jahr	Kandidierende					Gewählte					Wahlquote	
	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	Total	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	Total	Frauen	Männer
1974	0	0.0 %	0	0.0 %	0	0	0.0 %	9	100.0 %	9	0	0
1978	0	0.0 %	0	0.0 %	0	0	0.0 %	9	100.0 %	9	0	0
1982	0	0.0 %	0	0.0 %	0	0	0.0 %	9	100.0 %	9	0	0
1986	3	11.1 %	24	88.9 %	27	1	11.1 %	8	88.9 %	9	100	100
1991	4	17.4 %	19	82.6 %	23	3	33.3 %	6	66.7 %	9	192	81
1996	5	21.7 %	18	78.3 %	23	4	44.4 %	5	55.6 %	9	204	71
2001	5	25.0 %	15	75.0 %	20	3	33.3 %	6	66.7 %	9	133	89
2006	6	27.3 %	16	72.7 %	22	2	22.2 %	7	77.8 %	9	81	107

Datenquelle: Generalsekretariat Châtel-St-Denis

**Tabelle 25**

**Gemeinderat von Freiburg: Anzahl und Prozentsatz gewählter Frauen und Männer, 1982-2006**

Jahr	Gewählte				Total
	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	
1982	1	11.1 %	8	88.9 %	9
1986	1	11.1 %	8	88.9 %	9
1991	1	11.1 %	8	88.9 %	9
1996	3	33.3 %	6	66.7 %	9
2001	1	20.0 %	4	80.0 %	5
2006	2	40.0 %	3	60.0 %	5

Datenquelle: Bundesamt für Statistik BFS / F. Python mit der Unterstützung des Stadtarchivs Freiburg und einer wissenschaftlichen Kommission, bestehend aus J.-D. Dessonaz, J.-P. Dorand, H. Foerster, B. Gasser und J.-R. Gisler: *Freiburg, eine Stadt im XIX und XX Jahrhundert*, Editions La Sarine, Fribourg, 2007

**Tabelle 26**

**Gemeinderat von Tafers: Anzahl und Prozentsatz gewählter Frauen und Männer, 1971-2006**

Jahr	Gewählte				Total
	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	
1974	0	0.0 %	9	100.0 %	9
1978	0	0.0 %	9	100.0 %	9
1982	1	11.1 %	8	88.9 %	9
1986	1	11.1 %	8	88.9 %	9
1991	1	11.1 %	8	88.9 %	9
1996	2	22.2 %	7	77.8 %	9
2001	0	0.0 %	9	100.0 %	9
2006	1	11.1 %	8	88.9 %	9

Datenquelle: Gemeindeverwaltung Tafers

### 7.3.6 Kommunale Legislativen

**Tabelle 27**

**Legislative der Gemeinde Châtel-St-Denis: Anzahl und Prozentsatz der Kandidatinnen und Kandidaten, der gewählten Frauen und Männer sowie der Wahlquote der Kandidierenden, 1974-2006**

Jahr	Kandidierende					Gewählte					Wahlquote	
	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	Total	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	Total	Frauen	Männer
1974	20	11.8 %	149	88.2 %	169	4	8.0 %	46	92.0 %	50	68	104
1978	29	14.6 %	169	85.4 %	198	5	10.0 %	45	90.0 %	50	68	105
1982	35	18.2 %	157	81.8 %	192	6	12.0 %	44	88.0 %	50	66	108
1986	27	15.5 %	147	84.5 %	174	2	4.0 %	48	96.0 %	50	26	114
1991	36	19.9 %	145	80.1 %	181	3	6.0 %	47	94.0 %	50	30	117
1996	52	29.2 %	126	70.8 %	178	8	16.0 %	42	84.0 %	50	55	119
2001	42	26.8 %	115	73.2 %	157	13	26.0 %	37	74.0 %	50	97	101
2006	47	28.5 %	118	71.5 %	165	14	28.0 %	36	72.0 %	50	98	101

Datenquelle: Generalsekretariat Châtel-St-Denis

**Tabelle 28**

**Legislative der Gemeinde Bulle: Anzahl und Prozentsatz der gewählten Frauen und Männer, 1996-2004**

Jahr	Gewählte				Total
	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	
1996	13	26.0 %	37	74.0 %	50
2000	13	26.0 %	37	74.0 %	50
2004	14	28.0 %	36	72.0 %	50

Datenquelle: Bundesamt für Statistik BFS

**Tabelle 29**

**Legislative der Gemeinde Freiburg: Anzahl und Prozentsatz der gewählten Frauen und Männer, 1983-2004**

Jahr	Gewählte				Total
	Frauen	Frauen %	Männer	Männer %	
1981	10	12.5%	70	87.5%	80
1991	19	23.8%	61	76.3%	80
1996	20	25.0%	60	75.0%	80
2001	25	31.3%	55	68.8%	80
2006*	23	28.8%	57	71.3%	80

Datenquelle: Bundesamt für Statistik BFS/ \*Website Stadt Freiburg

## **7.4 Fragebogen an die politischen Parteien**

Weitere Informationen finden Sie unter [www.bef-bgf.ch](http://www.bef-bgf.ch) / Gleichstellung / Frauen in Politik

## 8. Bibliographie

### 8.1 Publikationen

- M. Fasani Serra: *Mémoire de licence «Un geste de bon cœur» pour faire bon genre? L'adoption du suffrage féminin dans le canton de Fribourg, arguments et contre-arguments dans la presse (1959-1971)*
- C.-L. Pasquier: *L'histoire d'une conquête*, in «La Gruyère», 6. Mars 2007
- Gfs.bern: *Bericht zur VOX-Trend-Berichterstattung für das Jahr 2006, «Die Entscheidungen von Frauen schützen Umwelt, Service Public und Benachteiligte»*, Bern, 2006
- T.-H. Ballmer-Cao, M. Tremblay: *Modes de scrutin, partis politiques et élection des femmes: Une introduction*, Swiss Political Science Review, Volume 14, Issue 4, Rüegg Verlag, Chur/ Zürich, 2008

### 8.2 Websites

[www.werner-seitz.ch](http://www.werner-seitz.ch) «Homepage Werner Seitz»

- W. Seitz: *Gleichstellungspolitische Strategien und ambivalente Wirkungen der direkten Demokratie. Ein Streifzug durch hundert Jahre Kampf um politische Gleichstellung in der Schweiz*, 2003
- W. Seitz: *Über geschlechtergetrennte Wahllisten: «Welche Liste bringt's für Frauen? Analysen und Vorschläge für die Nationalratswahlen 2007»*, in links.ch, 2006
- W. Seitz: *Analyse der Ergebnisse der Volksabstimmung über die «Quoteninitiative» und der Wirksamkeit der Frauenlisten bei den Nationalratswahlen 1987-1999*, Referat Eidg. Frauenkommission, 2000

[www.ekf.admin.ch](http://www.ekf.admin.ch) «Eidgenössische Kommission für Frauenfragen»

- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen, *Überparteiliches Manifest zu den eidgenössischen Wahlen 1999: «Mehr Frauen ins Parlament!»*, Bern, 1998
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen, *Die 10 wichtigsten Tipps für Parteien, die mehr Frauen im Parlament wollen [Eidg. Wahlen 2007]*, Bern, 2006

<http://www.ipu.org> «Women in politics»

- Übersicht Einführung des Frauenstimmrechts weltweit

<http://fors-nesstar.unil.ch/webview/index.jsp> «Schweizer Wahlstudien Selects, Schweizer Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften FORS «

- Umfragen zu den nationalen Wahlen

### 8.3 Datenquellen

Wir danken allen, die uns bei der Suche nach den Daten zur Frauenvertretung tatkräftig unterstützt haben:

- Bundesamt für Statistik BFS
- Staatskanzlei des Kantons Freiburg
- Amt für Gemeinden (Gema)
- Oberamt des Greyerzbezirk
- Oberamt des Vivisbachbezirks
- Oberamt des Glanebezirk
- Gemeindeverwaltung von Châtel-St.-Denis
- Gemeindeverwaltung von Tafers

- F. Python unter der Mitwirkung der Archive der Stadt Freiburg und einer wissenschaftlichen Kommission bestehend aus J.-D. Dessonaz, J.-P. Dorand, H. Foerster, B. Gasser et J.-R. Gisler: *Fribourg, une Ville aux XIX<sup>e</sup> et XX<sup>e</sup> siècles*, Editions La Sarine, Fribourg, 2007
- Internetseite der Stadt Freiburg
- Internetseite der Gemeinde Tafers

